

Textilarbeiter-Zeitung

Organ des Zentralverbandes christlicher Textilarbeiter

Verlag Heinz Jahnenbrach, Düsseldorf, Florafstr. 7, Tel. 127 92. Druck und Versand Joh. van Uden, Krefeld, Luth. Kirchstr. 65, Tel. 246 14. Schriftleitung: Otto Maier, D'orf, Florafstr. 7.

Nummer 26

Düsseldorf, den 1. Juli 1933

Verbandort Krefeld

Das Fundament

Für uns ist die Welt ein organisches Gebilde, geführt von ewigen Gesetzen und aufgebaut nach einem ureigenen göttlichen Plan. Wir kennen keinen Zufall. Führertum, Disziplin, Befehlen und Gehorchen, Kräfte des Blutes und der Rasse, Gesetze des Raumes und des Bodens, das Prinzip der Leistung, alles ist für uns so selbstverständlich, daß der, der den Nationalsozialismus einmal erlebt und erfaßt hat, für alle Dinge, selbst für die kleinsten des täglichen Lebens, den Schlüssel gefunden hat.

Auf dem Fundament unserer Weltanschauung müssen wir ein neues starkes Staats- und Wirtschaftsgebäude aufbauen, in dem sich das Volk wohlfühlt und von dem auch der erbitterteste Gegner, soweit er überhaupt noch zu anständigem Denken befähigt ist, anerkennen muß, daß es sinngemäß und dem Wesen des Volkes entsprechend gebaut ist.

Dr. R. Ley

Führer der Deutschen Arbeitsfront.

M. Die Unterstellung der christlichen Gewerkschaften unter die Führung Adolf Hitlers ist keineswegs das Ergebnis einer nur machtpolitisch bestimmten Entscheidung gewesen. Was die Führer unserer Bewegung zu jener Verpflichtung an den Leiter der Deutschen Arbeitsfront veranlaßte, waren gewerkschaftliche Erkenntnisse grundsätzlicher Art, die sich aus der übereinstimmenden Zielsetzung und Aufgabestellung der christlichen Gewerkschaften einerseits und aus der Zielsetzung und Aufgabestellung der neuen Gewerkschaftsbewegung zum anderen ergaben.

Es war die Erkenntnis von der Ehrlichkeit und Wahrhaftigkeit des guten sozialen Willens des Reichskanzlers; es war das Wissen um die gewaltige soziale Leistung, in der Schaffung einer volksgemeinschaftlichen Wohlfahrt, es war nicht zuletzt aber auch die Erkenntnis von der volkspolitischen und nationalen Bedeutung der nationalsozialistischen Bewegung und ihrer, den christl. Gewerkschaften wesensverwandten Zielsetzung im Sozialen und Nationalen.

Darum kann es auch in Zukunft für uns kein Nur-sich-abfinden mit den sogenannten „machtpolitisch“ geschaffenen realen Tatsachen geben. Darum kann und soll auch nach dem Willen Adolf Hitlers und des Führers der Deutschen Arbeitsfront unsere Unterstellung unter ihre Führung keine Unterwerfung im Sinne einer Auffassung von „Siegern und Besiegten“ sein. Ebenso wie die Aufgabe unserer gewerkschaftlichen Selbstständigkeit und unser Eintritt in die Deutsche Arbeitsfront freiwillig bereit erfolgte, muß auch unsere künftige Stellung in der neuen Gemeinschaftsbewegung freiwillig bereit und verpflichtend sein. Verpflichtend zu verantwortungsbewusster Mitarbeit, verpflichtend zu ehrlicher Geselligkeit.

Solcher Verpflichtung aber kann nur derjenige genügen, der in der neuen Bewegung, in der wir aufgehen, nicht nur die „Organisation“, also die neue äußerliche Form und Gestalt sieht, sondern auch bestrebt ist, ihr inneres Wesen, den neuen Ideengehalt dieser Bewegung zu erkennen und sich selbst zu eigen zu machen. Das und nichts weniger ist die geistige Konsequenz, die sich aus jener Verpflichtung unserer Bewegung an die Führung Adolf Hitlers und der Deutschen Arbeitsfront ergibt.

Das mag manchem, der jahrzehntelang in unserer Bewegung geschaffet hat, schwer fallen. Und es mag für manch einen, der in persönlicher Beurteilung dem Neuen noch fremd gegenübersteht, leichter sein, in ablehnender Haltung sich abseits zu stellen.

Aber es zeugt von größerem Verantwortungsbewußtsein, neuen Erkenntnissen sich ehrlich bereit zu erschließen und daraus die Folgerungen zu ziehen, als sich in nichtstauer und nichtstuchender Resignation zu ergeben.

Verantwortungsbewußt allein ist die Tat.

Ein solches Verhalten hat nichts zu tun mit jenem charakterlosen Mittelmeßel, den gewisse Konjunktur-Mitter überraschend schnell vorgenommen haben. Es ist nicht von „konjunkturpolitischen“ Ausblicken oder Spekulationen bestimmt, sondern aus dem ehrlichen Bemühen um das Erkennen

Dr. R. Ley, Führer der Deutschen Arbeitsfront: (Schluß.)

Der Ständische Aufbau und die Deutsche Arbeitsfront

Wenn die Deutsche Arbeitsfront die Erziehung des deutschen Menschen zur Gemeinschaft bedeutet, so setzt der ständische Aufbau diese Erziehung in die Tat um. Das Ziel des ständischen Aufbaues ist das Blühen der Wirtschaft und die gesunde Eingliederung jedes schaffenden Menschen in die Wirtschaft. Hier stehen sich nicht mehr Vertreter irgendwelcher Interessentenverbände gegenüber, sondern es arbeiten Menschen ein- und desselben Standes zusammen. Angehörige ein- und desselben Standes beraten über das Wohl ihres Standes und über die Ehre ihres Standes.

Jeder, wer diesem Stand angehört, soll und muß das Bewußtsein haben, daß er damit ein geachtetes und wertvolles Glied der menschlichen Gesellschaft geworden ist und daß es seine Pflicht ist, mit über die Gesamtheit des Standes zu wachen.

Der Charakter allein wird der Wertmesser für die Beurteilung des Menschen sein, und deshalb muß die Keimzelle des ständischen Aufbaus im Betrieb liegen, dort, wo sich die Menschen gegenseitig genau kennen.

Was sind nun die Aufgaben des ständischen Aufbaues?

1. Die Wirtschaft muß zur höchsten Blüte entfaltet werden, damit das Volkwohl leben kann.
2. Deshalb muß das Führertum im Betrieb wieder vollkommen sein.
3. Dies ist notwendig, damit die volle Verantwortung jedes einzelnen wieder aufgerichtet wird.
4. Erst dann ist es möglich, dem arbeitenden Menschen den höchsten Schutz und das ihm zukommende Recht zu gewährleisten.
5. Dieser Schutz und das Recht werden erst erreicht, wenn unabhängige Standesgerichte darüber wachen und jeden einzelnen Schädling mit den schwersten Strafen belegen können.

Zu dem ersten Punkt, daß die Wirtschaft blühen muß, wenn das Volk gedeihen will, ist wenig zu sagen. Zerfällt die Wirtschaft, so werden davon allen voran die Schwächsten betroffen. Der Arbeiter wird zuerst vom Schicksal geschlagen. Deshalb hat gerade die unterste Schicht ein Interesse an dem Gedeihen und an dem Wohlergehen einer gesunden Wirtschaft.

Wenn, wie in Deutschland, das Führertum und damit die Verantwortung des einzelnen ausgefallen ist, so hat man in unverantwortlicher Verblendung die Wurzeln jeder gesunden Wirtschaft abgeschnitten.

Deshalb wird der ständische Aufbau als erstes dem natürlichen Führer eines Betriebes, d. h. dem Unternehmer, die volle Führung wieder in die Hand geben und damit aber auch die volle Verantwortung aufladen. Der Betriebsrat eines Werkes besteht aus Arbeitern, Angestellten und Unternehmern. Jedoch hat er nur beratende Stimme. Entscheiden kann allein der Unternehmer. Viele der Unternehmer haben jahrelang nach dem „Herr im Hause“ gerufen. Jetzt sollen sie wieder „Herr im Hause“ sein, aber wehe ihnen,

wenn sie diesen Herrenstandpunkt mißbrauchen sollten. Das Standesgericht wird jene Schädlinge zur Verantwortung ziehen. Die Standesgerichte sind ordentliche Gerichte. Ihnen gehören Arbeiter, Angestellte und Unternehmer als Laienrichter an. Sie können Gefängnis- und Zuchthausstrafen, ja sogar völlige Enteignung als Strafe verhängen. Damit ist ein Schutz des arbeitenden Menschen vorhanden, wie ihn alle Lohn- und Tarifverträge zusammen niemals gewährleisten können oder jemals gewährt haben. Nehmen wir nun noch hinzu, daß an die Mitgliedschaft der Arbeitsfront das Staatsbürgerrecht gebunden ist und daß alle Partner des ständischen Aufbaues Mitglieder der Deutschen Arbeitsfront sein müssen und daß, wenn ein solches Mitglied das Volksganze grüßlich verlehrt, ihm das Staatsbürgerrecht entzogen werden kann und damit der deutsche Mensch völlig aus der Gemeinschaft des Volkes und des Staates ausgeschaltet wird und ihn somit die schwerste Strafe trifft, die überhaupt jemals ausgesprochen werden kann, so glaube ich wohl behaupten zu können, daß alle Vorkehrungen getroffen sind, um den schaffenden deutschen Menschen, gleich wo er steht, mit dem höchsten Schutz und dem höchsten Rechtschutz zu fassen.

Innerhalb der horizontalen „Arbeitsfront“ lagern Hunderttausende von Unternehmungen. Jeder Betrieb hat einen Betriebsrat, der aus Arbeitern, Angestellten und Unternehmern besteht und dessen natürlicher Führer, wie bereits gesagt, der Unternehmer ist. Die Unternehmungen werden nach Fachgruppen zusammengefaßt.

Diese Fachgruppen werden regional zusammengefaßt. Dabei werden nach den Bedürfnissen der Wirtschaft entsprechende Wirtschaftskreise, Bezirke und Provinzen errichtet werden. In der Fachgruppe werden alle Angelegenheiten des gesamten Faches berührt, wie Lohn-, Tarif- und Sozialversicherungen usw., sowie die Wirtschaftspolitik des betreffenden Faches. In die Fachgruppe werden Arbeiter, Angestellte und Unternehmer gewählt, und zwar nur Facharbeiter. Der Führer der Fachgruppe wird ernannt. Nach oben bis zum Reich werden entsprechende Institutionen geschaffen, in denen immer Arbeiter, Angestellte und Unternehmer zusammen beraten. In der obersten Spitze des ständischen Aufbaues sitzen auch Vertreter der Deutschen Arbeitsfront. Alle Einrichtungen werden befehlst von dem einen Gedanken, wie fördern wir die Wirtschaft und wie schützen wir den schaffenden Menschen, weil er das höchste Gut der Wirtschaft ist.

Wie werden nun in diesem ständischen Aufbau Lohn und Tarif sowie der soziale Schutz der schaffenden Deutschen festgelegt? So wird z. B. der Reichsrahmentarif der Holzindustrie in der Reichsfachgruppe der Holzindustrie festgelegt. Er umfaßt nur einige fundamentale Sätze. Er

wird sich niemals in Einzelheiten verlieren, wie es die bisherigen Tarife getan haben, ausgehend von dem Grundsatz, daß man das Schicksal des Betriebsmenschen nicht vom grünen Tisch aus beurteilen kann, sondern nur von der rauhen Wirklichkeit her. Z. B. setzt der Reichsrahmentarif fest, daß jeder Deutsche ein Mindesteinkommen haben muß; damit er leben kann. Wer unter diesem Mindestlohn Menschen beschäftigt, wird bestraft. Der Reichsrahmentarif setzt weiterhin fest, was er als Mindesteinkommen ansieht, z. B. für eine fünfköpfige Familie, Vater, Mutter und drei Kinder; er setzt dann weiterhin fest, daß der Junggeselle von diesem Lohn nur einen bestimmten Prozentsatz erhält. Er setzt fest, daß der Facharbeiter so und so viele Prozente über dem Mindestlohn erhalten muß. Er setzt den Urlaub fest, und auch allgemeine Bedingungen über Frauen- und Kinderarbeit, über Sozialeinrichtungen usw. Die Bezirksfachgruppe behandelt im Rahmen dieses Tarifes schon weitere Einzelheiten. Sie stellt fest, was in ihrem Bezirk als Mindesteinkommen zu gelten hat. Und zwar wird das Mindesteinkommen auf Grund eines Reallohnes errechnet werden. Wenn der Reichsrahmentarif von einem Mindestlohn spricht, so muß er selbstverständlich auch vom Stundenlohn abgehen und an seine Stelle den Wochenlohn setzen. Denn es ist gleichgültig,

der Woche nur ein oder zwei Stunden Arbeit leistet. Wie gesagt, die Bezirksfachkommission setzt den Mindestlohn nach Realwerten fest und behandelt weitere Einzelheiten, die für ihren Bezirk maßgebend sind. Die Kreisfachgruppe geht nun noch mehr ins Einzelne. Sie setzt generell den endgültigen Tarif in allen Details fest. Grundsätzlich lehnt der ständische Aufbau Werk tarife ab. Ausnahmen von dieser Regel können nur gewährt werden, wenn die Belegschaft eines Betriebs einen Antrag an die Fachgruppe stellt, und zwar dann, wenn durch widrige Verhältnisse ein wirtschaftlich hochwertiges Werk der Vernichtung anheimfällt. Ein solcher Ausnahmetarif im Werk muß natürlich die Zustimmung der Fachgruppe erhalten.

In diesem ständischen Aufbau werden auch alle mit dem Betrieb zusammenhängenden Sozialversicherungen und Einrichtungen gelegt werden müssen.

In diesem grundsätzlichen Gedanken habe ich versucht, das Wesen und die Ziele des neuen Wirtschaftsaufbaues zu erklären und zu erläutern, und ich hoffe, daß damit jeder vernünftige und verständige Mensch, der nicht durch Klassenkampf blind gemacht und zu einem Narr geworden ist, erkennen wird, daß der Nationalsozialismus ein Werk baut von so ungeheuren gigantischen Ausmaßen, wie es noch nie zuvor war und auch vielleicht nicht wieder sein wird. Damit ist das Fundament geschaffen, auf dem Generationen Jahrhundertehinausneubauen können.

des positiven neuen Willens, dem jeder, dem es ernst ist um die Sache der Arbeiterschaft, zustimmen und zum Erfolge verhelfen muß.

Wir haben auf die wesensverwandte Zielsetzung der nationalsozialistischen Bewegung bereits hingewiesen. Nicht alles, was im Programm des ständischen Aufbaues und des Neubaues der deutschen Gewerkschaftsbewegung steht, entspricht hundertprozentig unseren bisherigen Auffassungen und Zielen. Aber darauf kommt es nicht an. Ausschlaggebend ist allein das Gesamtziel, ist allein der Erfolg. Dieses Gesamtziel der neuen Arbeiterschaftsbewegung — die wirtschaftliche, kulturelle und soziale Führung der deutschen Arbeiterschaft und ihre ständische Eingliederung in das Volksganze — ist

auch unser Ziel seit jeher. Und darum ist es unsere Pflicht, an der Verwirklichung dieses Strebens unser Teil beizutragen.

Das aber ist nur möglich, wenn wir ehrlich bestrebt sind, in der Erkenntnis des neuen Ideengutes, das die nationalsozialistische Bewegung trägt, den geistigen Schlüssel zum Verständnis ihres Handelns und Willens zu finden. Denn nur aus der Idee, aus der Weltanschauung ist dieses neue Volksganze zu begreifen und in allen Konsequenzen zu erfassen und zu verteidigen. Dieses ideenmäßige Verstehen und Erfassen jenes Willens ist darum auch Voraussetzung für wirklich positive Mitarbeit.

Nur dann, wenn wir so den Nationalsozialismus als Idee zu ergründen und zu verteidigen suchen und überall dort, wo wir

sein soziales Wollen positiv finden und zu befehlen vermögen, es zur Grundlage auch unseres gewerkschaftlichen Handelns zu machen bereit sind, nur dann sichern wir den Erfolg.

Viel Gutes und Wertvolles aus unserer Bewegung können wir bei dem neuen Aufbau dienstbar machen. Und wir finden — die grundsätzlichen Ausführungen des Leiters der Deutschen Arbeitsfront zeigen uns das — im neuen Ideengut Berührungspunkte, an denen wir bei diesem Streben um die neue geistige Fundierung anknüpfen und fortfahren können. So muß und wird es uns in ehrlichem Bemühen gelingen, das geistige Fundament zu gewinnen, auf dem der soziale und nationale Neubaue Deutschlands und damit die Zukunft der deutschen Arbeiterschaft ruht.

Der Nationalsozialismus verankert sich immer mehr im Volk

Damit haben wir im Großen alles, was bisher in Deutschland gewerkschaftlich kaum organisiert war, einheitlich erfasst und zusammengeschweißt. Gewiß, es sind Menschen mit noch stark widerstrebenden Empfindungen untereinander und — wir leugnen es nicht — auch oftmals gegen die neuen Leiter. Das ist auch bei der Betrachtung der sich beinahe tagtäglich vollziehenden gigantischen revolutionären Umwälzung unseres staatlichen, wirtschaftlichen, kulturellen und persönlichen Lebens menschlich völlig verständlich. Jedoch wie es unmöglich ist, schon heute und morgen diese widerstrebenden, geistig völlig falsch und gegenständig orientierten Menschen zum Nationalsozialismus zu erziehen, so ist es ebenfalls gänzlich unmöglich, den am 30. Januar d. J. zur endgültigen und unabänderlichen Herrschaft angetretenen neuen staatlichen Zustand etwa lächerlicher Weise zu ignorieren, ja vielleicht verwerflicher Weise praktisch in irgendeiner Form aktiv zu bekämpfen! Das Letzte wäre, darüber besteht wohl auch im letzten Winkel Deutschlands restlose und illusionslose Klarheit, hellster Wahnsinn. Mit jedem Tag, mit jeder Stunde, ja mit jeder Minute wird das nationalsozialistische Regime mehr und mehr machtpolitisch verankert, und keiner sollte darüber so froh sein, wie gerade der deutsche Arbeiter! Denn diese Machtverankerung sichert ihm erst seine Zukunft, die wir etapenmäßig glücklicher als bisher gestalten wollen. Schon nach einem Jahr werden hunderttausende in der „Deutschen Arbeitsfront“ zusammengeschlossene deutsche arbeitende Menschen erkannt haben, welcher Segen die Tat des 2. Mai war. Und nach einem weiteren Jahr werden es 1—2 Millionen sein, bis schließlich eines Tages das ganze arbeitende Volk im Nationalsozialismus das Glück und die Zufriedenheit, aber auch die Kraft und die Macht gegen alle Feinde unserer Nation sieht!

Arbeitsschutz

Das Gebiet des Arbeitsschutzes umfaßt, wenn man den Rahmen weit spannt, fast alle Fragen sozialpolitischer Natur. Im nachstehenden soll jedoch der Arbeitsschutz im engeren Sinne behandelt werden, d. h. der Schutz der Arbeitstätigkeit des Arbeitnehmers in rein betriebstechnischer Hinsicht. In dieser Richtung ergeben sich für die neue nationalsozialistische Gewerkschaftsleitung bedeutende und zahlreiche Aufgaben. Bisher ist das Gebiet in den verschiedensten Besetzen und Bestimmungen verstreut behandelt worden. Zum Teil handelt es sich hierbei um gesetzliche Bestimmungen aus der Zeit lange vor dem Kriege. Die Bestimmungen sind zu einem sehr wesentlichen Teil inhaltlich überholt und bedürftig, weil sie Produkte einer liberalistischen Wirtschaftsauffassung sind und bei ihnen der Gedanke unserer neuen Zeit „Gemeinnutz geht vor Eigennutz“ nicht genügend berücksichtigt worden ist. Außerdem haben die bisherigen Bestimmungen den sehr wesentlichen Fehler, daß sie zwar sehr schön auf dem Papier stehen und in zahlreichen Paragraphen in oft schwer verständlicher Form zusammengefaßt sind, ohne jedoch eine Handhabe zur praktischen Durchführung zu gewähren. Hierin grundlegende Arbeit zu leisten, ist eine bedeutende Aufgabe der neuen Gewerkschaftsleitung.

In den zurückliegenden Jahren des schwarzen Systems wurde allerdings schon der Versuch gemacht, die vorstehend genannte Aufgabe zu lösen. Wie bei diesem in dem Nachkriegsdeutschland blieb es jedoch nur bei dem Versuch. Ein Erfolg konnte infolge der grundlegenden Fehler des Systems nicht erreicht werden. Man hatte zwar in dem Reichsarbeitsministerium einen Entwurf eines „Arbeitsschutzgesetzes“ ausgearbeitet, dieser Entwurf wurde dann durch unzählige Kommissionen des Reichstages, des Reichsrates und des Reichswirtschaftsrates hindurchgezerrt. Man redete unendlich viel in diesen schönen Ausschüssen. Man schrieb ausführliche Protokolle. Die damaligen Gewerkschaftssekretäre erlitten Guachten, worauf Gegengutachten der Arbeitgeberorganisationen zusammengeschrieben wurden. Der Schlusseffekt jedoch war nach allem, daß der besagte Entwurf auch jetzt noch unerledigt bei den Akten schlummert, trotzdem er bereits aus dem Jahre 1928 bezw. 1929 stammt.

Zur Sache selbst ist folgendes vom nationalsozialistischen Standpunkt aus zu sagen. Die NSDAP steht in der deutschen Arbeit und damit auch im Träger der Arbeit, dem Arbeitnehmer, der wertvollste Gut des deutschen Lebens, das jedes erdenklichen Schutzes bedarf. Insbesondere muß darauf geachtet werden, daß die Gesundheit des Arbeiters im Betriebe keinen unnötigen Gefahren ausgesetzt ist. Vor allem die jugendlichen und die Frauen bedürfen eines erweiterten Arbeitsschutzes. Um diesen Schutz auch praktisch zu gewährleisten und zu kontrollieren,

müssen bestimmte beamtete Aerzte mit Spezialausbildung bestellt werden, die auch wirklich die nötigen praktischen Erfahrungen in den speziellen Betriebsgefahren besitzen. Ferner muß dafür gesorgt werden, daß die Kontrolle der Betriebe nicht nur gelegentlich und oberflächlich erfolgt, damit der Aufsichtsbeamte auch ein umfassendes Bild über die tatsächlichen Verhältnisse in dem Betrieb erhält. Entsprechende Vorschläge in dieser Richtung liegen bereits vor.

Ein sehr wesentliches Kapitel des Arbeitsschutzes besteht in der Regelung der Arbeitszeit. Eine Uebererschreitung der achtstündigen Arbeitszeit darf nur in besonderen, klar geregelten Fällen gestattet sein und auch dann nur in beschränktem Maße. Die bisherigen Bestimmungen sind gerade in diesem Punkte oft sehr unklar und lassen zu viele Ausnahmen

Die liberalistische Wirtschaftsauffassung ist die Ursache zur Wirtschaftskrise

In der ersten Sitzung der gleichgeschalteten Industrie- und Handelskammer Gladbach-Rhepdt-Neuß machte der neuernannte Präsident, Direktor Wichter, bemerkenswerte Ausführungen über die Ursachen der Wirtschaftskrise. Er sagte u. a.:

Die liberalistische Wirtschaftsauffassung gestattete, daß jeder seine Erzeugung und seinen Absatz so einrichtete, wie es ihm richtig und vorteilhaft erschien. Beging er Fehler, so mußte er nach seiner Auffassung mit seinem Geldbeutel dafür einstehen und außerdem mit seiner Existenz dafür büßen. Man übersah dabei, daß infolge der immer häufigeren Verflechtung des Wirtschaftslebens Fehltritte des einzelnen nicht nur diesen, sondern ganze Wirtschaftszweige und damit die Lebensgrundlage aller darin Schaffenden gefährdete. Die Produktion wurde nicht nach den Bedürfnissen und nach der vorhandenen Kaufkraft eingerichtet, sondern zunächst einmal ohne alle Rücksicht auf die Folgen gesteigert und alsdann auf den Markt geworfen, ohne an dessen begrenzte Aufnahmefähigkeit zu denken.

Gingen bei solchen Methoden andere Existenzen zu Grunde, so war das gleichgültig, wenn es nur dem eigenen Nutzen diente.

In diesem wilden Kampfe aller gegen alle mußte der einzelne seinen Halt verlieren. Es entstanden daher gewissermaßen zur Abwehr große Wirtschaftsgebilde in verschiedenen Formen, die sich dann ihrerseits infolge der damit verbundenen Entpersönlichung zu wahren Bruststätten marxistischer Gedanken entwickelten.

Die Lebensführung der breiten Masse war durch diese hemmungslosen Produktionsmethoden aufs höchste gefährdet. Eine Entwertung und Verflüchtung des Volkes trat ein. Damit wurden die Opfer der liberalistischen Wirtschaftsauffassung dem Volkswirtschaft in die Arme getrieben. Das jämmerliche Wirtschaftsgebilde brachte eine ungeheure Unsicherheit und Unfestigkeit in das ganze Wirtschaftsleben und führte zu einem nie gekannten Existenzstand. Eine gegenüber der Allgemeinheit sich nicht verantwortliche führende Wirtschaftsauffassung machte sich ständig breiter und breiter. Großmanskucht und Spekulationstrieb einzelner erdülterten ganze Wirtschaftsgruppen und damit auch die Lebensgrundlagen hunderttausender abhängiger

zu. Die Vernichtung von Arbeitsplätzen und von genügender Freizeit zwischen den Schichten muß gleichfalls genau geregelt werden. Besondere Schutzmaßnahmen sind für Fließ-, Band- und Stangearbeit erforderlich. Gegen die Akkordarbeit bestehen allerhöchste Bedenken. Auch in diesem Punkte werden ganz bestimmte Regelungen im Interesse der Arbeiterschaft unbedingt notwendig sein. Der besonderen Fürsorge bedürfen diejenigen Arbeiterinnen, die vor und nach der Niederkunft stehen. Hier werden weitgehende Schutzmaßnahmen getroffen werden müssen, denn der Nationalsozialismus sieht gerade in der jugendlichen Mutter einen besonders wertvollen Teil des Volksganges, der jedes Schutzes bedarf. Vom gesundheitlichen Wohlergehen der jungen Mutter und der Kinder in den ersten Jahren hängt für jede Familie zu einem sehr wesentlichen Teil das eheliche Glück auch für die spätere Lebenszeit ab. Schließlich seien noch die Fragen der Sonntagarbeit, des Ladenaufschlusses und des genügenden Urlaubs erwähnt, die einer bescheidenen Regelung bedürfen.

Vorstehend konnten nur die wesentlichen Punkte skizzenhaft angedeutet werden. Das ganze Gebiet des Arbeitsschutzes gewisshenft und im Geiste eines ehrlichen deutschen Sozialismus neu zu gestalten, ist der Wille der neuen Gewerkschaftsleitung. Dieser Wille wird so schnell in die Tat umgesetzt werden, wie dies bei der traurigen Existenz, die der Nationalsozialismus auch international wider Wirtschaft vorfindet, möglich ist.

Und für Arbeitsschutz im Gesamtverband der Deutschen Arbeiterverbände: gez. Reichsra.

Bodenreform im faschistischen Italien

In weiten Kreisen unseres Volkes sind immer noch falsche Anschauungen über das Ziel der deutschen Bodenreform und der Bodenreform im allgemeinen verbreitet. Es war daher sehr zu begrüßen, daß Dr. Wagenbach von seiner kürzlich beendeten Italienreise in reicher Fülle in einer öffentlichen Versammlung in Berlin-Charlottenburg berichtete. Durch Förderung maßgeblicher italienischer Stellen, vor allem des verdienstvollen Präsidenten Rizza, war es Dr. Wagenbach möglich, einen guten Ueberblick über den faschistischen Siedlungswillen in das neue Italien zu gewinnen. Nach Zeitungsberichten geben wir auch hier einige Gedanken wieder.

Dr. Wagenbach zeigte, wie gerade auf diesem Gebiete sich der starke Einfluß nationalsozialistischer Selbstbehauptung von Mussolini gezeigt hat. Wie man hier den Weg für die persönliche Initiative freigemacht, wie ein neuer Lebensrhythmus von niegesehener Begeisterung durch das italienische

Existenzen. Die wirtschaftlich Schwächsten, die Arbeiter und Angehörigen, fielen infolge solcher verfehlten Wirtschaftsführung dem Staate und damit der Allgemeinheit zur Last. Zu den Folgen dieser liberalistischen Wirtschaftsauffassung trat verschärfend der große Fortschritt in der Technik hinzu, der, durch verantwortungsvolle Anwendung gezügelt, sich zum Segen der Menschheit hätte auswirken können, der aber, weil er nach den bisherigen liberalistischen Methoden keine Hemmungen kannte, zu den verhängnisvollen Situationen geführt hat, die wir alle in der Vergangenheit zur Genüge kennen gelernt haben.

Diese Ausführungen sind von einer seltenen Klarheit. Sie bestätigen die von den christlich-nationalen Gewerkschaften in der Vergangenheit immer wieder aufgestellten Behauptungen über die Ursachen unseres wirtschaftlichen Niederganges. Die Erkenntnis, daß die Abkehr von der liberalistischen Wirtschaftsauffassung wesentliche Voraussetzung zur Wirtschaftsgesundung ist, war bisher mit wenigen Ausnahmen alleinige Auffassung der christlich-nationalen Arbeitnehmerschaft. Sie ist aber auch eine Rechtfertigung des von uns seit Jahren geführten Kampfes gegen die Skrupellosigkeit und Profitgier in unserer Wirtschaft. Immer wieder hat man in der Vergangenheit unter Verkenennung dieser Tatsachen die Gewerkschaften für die Wirtschaftskrise mit verantwortlich zu machen versucht. Umso mehr ist zu begrüßen, daß führende Vertreter unserer Wirtschaft klar aussprechen, woran es in der Vergangenheit gehapert hat. Direktor Wichter zieht aus dieser klaren Erkenntnis auch die einzig mögliche Schlussfolgerung, nämlich:

„Aus all diesem Glend und dieser Not kann nur eine derzuständig gegliederte Wirtschaft, in der alle an der Erzeugung Beteiligten zusammengefaßt sind, helfen.“

In der auch von uns erstrebten berufsständisch gegliederten Wirtschaft unter Einbeziehung aller wirtschaftlich Beteiligten, also auch der Arbeitnehmer, liegt die Möglichkeit einer „Unterbindung des fortschreitenden Proletarisierungsprozesses“ und die Ueberwindung des Klassenkampfes.

B. T a c h e.

Bewusstsein geht. Gerade auf dem Gebiete der Bodenreform und Siedlung zeigen sich die vitalen Kräfte des Faschismus. Es ist nicht nur der erfolgreiche Kampf gegen den Sumpf, gegen die Landunwirtlichkeit im Süden, sondern das gewaltige Siedlungswerk selbst. Man fragt bei der Durchsührung nicht zunächst nach der Rentabilität, sondern stellt den nationalpolitischen Gesichtspunkt in den Vordergrund, trifft mit Recht Vorkehrungen für kommende Generationen. Die Leistungen des „Frontkämpferverbandes“ sind ein gutes Vorbild von gesamtstaatlicher Bodenreformarbeit. Schrankenlose Vertiefung ist hier ebenso ausgeschlossen, wie eine Zwangsverleigerung nicht möglich ist. Sehr hoch wird man einschätzen müssen die Tatsache, daß man der Bauer als „Wurzelschicht“ erkannt, daß bei Tausenden von Bauern und Arbeitern ein neues Verhältnis zur Arbeit aus jüdischer Verpflichtung gewachsen ist.

Der bekannte faschistische Abgeordnete E. Rizza, der Präsident der „Confederazione Nazionale Sindacati Fascisti dell' Agricoltura“, leitete auf der letzten Landarbeitertagung: Die Landfrage muß in Angriff genommen werden, weil keine Revolution ihre Bürger wirklich hat vernachlässigen kann, ehe sie diese Frage gelöst hat. Man kann das italienische Imperium nicht länger aufbauen, solange es noch Wurzeln von Reaktion gibt, die sich nicht mit dem Boden verbunden fühlen.“ Sehen wir ab von dem Siedlungs- und Siedlungswesen des Faschismus, von der gewaltigen Aufgabe unserer Nation unter der Führung unseres Kanzlers Adolf Hitler, so wird man immer ein weiteres Beispiel finden, das sich mit Mussolinis erdrunderdem Siedlungsprogramm vergleichen läßt. Die ungeheure Aufgabe der Bodenreform des deutschen Volkes, wozu die Unzufriedenheit aller Aufbaumöglichkeiten zu helfen hat, liegt auf dem Gebiete der deutschen Vaterlandsbodenreform. Der deutsche Vaterlandsboden darf nicht schäferweise sein, sondern muß ein einheitliches, in jeder Hinsicht zu artenden, in Siedlung und Aufgabe deutschen Bodenreformwesens, so schloß Dr. Wagenbach seine von tiefer Erkenntnis und festem Willen geprägte Rede.

Zusammenarbeit zwischen Arbeitsdienst und Reichskuratorium für Jugendertüchtigung

Ein Schreiben des Reichskommissars für den Arbeitsdienst an den Bezirkskommissare und Bezirksführer gibt Aufschluß über die Richtlinien, nach denen sich in Zukunft die enge Zusammenarbeit zwischen dem Reichskuratorium für Jugendertüchtigung und der Zentrale des Arbeitsdienstes vollziehen soll.

Das Reichskuratorium gibt zur Förderung der Durchführung der Wehrerziehung die Richtlinien für den Betrieb von Leibesübungen und Wehrsport im Arbeitsdienst. Diese Richtlinien werden auf dem Wege über den Staatssekretär für nationale Jugendführung übermittelt. Dem Reichskuratorium steht weiterhin das Recht der unmittelbaren Kontrolle der Leibesübungen und des Wehrsportes im Arbeitsdienst zu. Beanstandungen, Wünsche und Vorschläge übermitteln es dem Staatssekretär, soweit nicht kleinere Angelegenheiten unmittelbar lokal zwischen den beiderseits zuständigen Zweigstellen erledigt werden können. Die Ausbildung der Sportlehrer erfolgt durch Lehrgänge innerhalb der Geländesportschulen des Reichskuratoriums. Die Vorschläge für die Bestellung der Sportleiter und Sportlehrer im Arbeitsdienst werden ebenfalls vom Reichskuratorium gemacht. Der Arbeitsdienst baut in seinen Mitteln durch Genehmigung entsprechender Arbeitsmaßnahmen ein Netz von Geländesportplätzen aus, auf denen die vom Reichskuratorium geschulten Lehrer zur breitesten Auswirkung im Lande kommen. Richtlinien hierfür erfolgen noch.

Aus den Ortsgruppen

Beobacht. Die NSDAP. veröffentlicht in ihren parteiamtlichen Mitteilungen folgende Bekanntmachung:

Alle Ansprüche leben auf! — Gewerkschafter, sichert euch die Unwertschaft wieder!

Seit dem 30. Januar und auch schon früher hat in den Gewerkschaften aller Schattierungen eine Austrittsbewegung eingesetzt, die ihren Ursprung hatte in der Unzufriedenheit der Arbeiter gegenüber den Organisationen. Um nun alle jene, die aus politischen oder wirtschaftlichen Motiven den Gewerkschaften den Rücken gekehrt haben, wieder in den Vollen Besitz ihrer Rechte gelangen zu lassen,

werden alle früheren Gewerkschafter aufgefordert, sich umgehend wieder ihrer früheren Organisation anzuschließen. Dadurch gelangen sie dann in den Besitz aller Rechte von früher. Der Eintritt hat aber zu erfolgen, bevor das Ständegesetz in Kraft tritt, was voraussichtlich in absehbarer Zeit der Fall sein wird.

Bekanntmachung

Achtung Ortsgruppenkassierer!

Wir machen darauf aufmerksam, daß die Ortsgruppenabrechnungen über das zweite Quartal bis spätestens 5. Juli bei der Hauptgeschäftsstelle eingegangen sein müssen. Um den rechtzeitigem Eingang der Abrechnungen zu gewährleisten, ist dafür Sorge zu tragen, daß dieselben bis zum 3. Juli bei der zuständigen Geschäftsstelle eingegangen sind.

Weiter machen wir darauf aufmerksam, daß auf Anordnung der Revisionsabteilung des Gesamtverbandes der Deutschen Arbeitnehmersverbände in der Deutschen Arbeitsfront ab 1. Juli 1933 die Abrechnungen aller Ortsgruppen monatlich erfolgen müssen. Dabei sind, um einen rechtzeitigen Abschluß zu gewährleisten, die gleichen Termine im Auge zu fassen:

Einsendung an die Geschäftsstelle bis zum 3. des folgenden Monats.

Einsendung an die Hauptgeschäftsstelle bis zum 5. des folgenden Monats.

Wir bitten alle Ortsgruppenkassierer und Geschäftsführer, für die Durchführung dieser Anordnung der Revisionsabteilung des Gesamtverbandes der Deutschen Arbeitnehmersverbände in der Deutschen Arbeitsfront besorgt zu sein.

† Sterbetafel †

Wilhelm Gähders, Güstern, 63 J. — Heinrich Kappe, Bieren, 52 J. — Johann Schomaker, Rordhorn, 49 J. — Anton Roderburg, Aachen, 81 J. — Hermann Brillert, Stadlohn, 66 J. — Josef Clemens, Erzenbach, 61 J. — Matthias Ostermann, Aachen, 68 J. — Bernhard Weber, Speßart, 31 J. — Josef Kurz, Gutach, 31 J. — Ruhet in Frieden!

Inhaltsverzeichnis

Artikel: Ein Appell an die Textilindustrie. — Der einseitige Aufbau und die Deutsche Arbeitsfront. — Textilindustrie im Konkurrenzkampf. — Gleichstellung in der Textilindustrie. — Schaffung eines deutschen Modeamtes. — Der Neubau der Deutschen Arbeiterverbände. — Aufruf. — Arbeitsschutz. — Die liberalistische Wirtschaftsauffassung ist die Ursache zur Wirtschaftskrise. — Bodenreform im faschistischen Italien. — Zusammenarbeit zwischen Arbeitsdienst und Reichskuratorium für Jugendertüchtigung. — Feuilleton: Die Zukunft. — Aus den Ortsgruppen. — Bekanntmachung. — Sterbetafel.

Schriftleitung: Otto Watzel, Post, Florst. 7.

Textilarbeiter-Zeitung

Organ des Zentralverbandes christlicher Textilarbeiter

Verlag Heinz Jochenbrock, Düsseldorf, Florafte. 7, Tel. 127 92. Druck und Versand Joh. van Vlieten, Krefeld, Luth. Kirchstr. 65, Tel. 246 14. Schriftleitung: Otto Walter, D'orf, Florafte. 7.

Nummer 26

Düsseldorf, den 1. Juli 1933

Verbandort Krefeld

Das Fundament

Für uns ist die Welt ein organisches Gebilde, geführt von ewigen Gesetzen und aufgebaut nach einem uralten göttlichen Plan. Wir kennen keinen Zufall. Führertum, Disziplin, Befehlen und Gehorchen, Kräfte des Blutes und der Rasse, Gesetze des Raumes und des Bodens, das Prinzip der Leistung, alles ist für uns so selbstverständlich, daß der, der den Nationalsozialismus einmal erlebt und erfaßt hat, für alle Dinge, selbst für die kleinsten des täglichen Lebens, den Schlüssel gefunden hat.

Auf dem Fundament unserer Weltanschauung müssen wir ein neues starkes Staats- und Wirtschaftsgebäude aufbauen, in dem sich das Volk wohlfühlt und von dem auch der erbitterteste Gegner, soweit er überhaupt noch zu anständigem Denken befähigt ist, anerkennen muß, daß es sinngemäß und dem Wesen des Volkes entsprechend gebaut ist.

Dr. R. Ley,

Führer der Deutschen Arbeitsfront.

M. Die Unterstellung der christlichen Gewerkschaften unter die Führung Adolf Hitlers ist keineswegs das Ergebnis einer nur machtpolitisch bestimmten Entscheidung gewesen. Was die Führer unserer Bewegung zu jener Verpflichtung an den Leiter der Deutschen Arbeitsfront veranlaßte, waren gewerkschaftliche Erkenntnisse grundsätzlicher Art, die sich aus der ideenmäßigen Zielsetzung und Aufgabestellung der christlichen Gewerkschaften einerseits und aus der Zielsetzung und Aufgabestellung der neuen Gewerkschaftsbewegung zum anderen ergaben.

Es war die Erkenntnis von der Ehrlichkeit und Wahrhaftigkeit des guten sozialen Willens des Reichskanzlers; es war das Wissen um die gewaltige soziale Leistung, die in der Schaffung einer volksgemeinnützigen, gewerkschaftlichen Arbeitsfront vollbracht wurde; es war nicht zuletzt aber auch die Erkenntnis von der sozialpolitischen und nationalen Bedeutung der nationalsozialistischen Bewegung und ihrer, den christl. Gewerkschaften wesensverwandten Zielsetzung im Sozialen und Nationalen.

Darum kann es auch in Zukunft für uns kein Nur-sich-abfinden mit den sogenannten „machtpolitisch“ geschaffenen realen Tatsachen geben. Darum kann und soll auch nach dem Willen Adolf Hitlers und des Führers der Deutschen Arbeitsfront unsere Unterwerfung unter ihre Führung keine Unterwerfung im Sinne einer Auffassung von „Siegern und Besiegten“ sein. Ebenso wie die Aufgabe unserer gewerkschaftlichen Selbständigkeit und unser Eintritt in die Deutsche Arbeitsfront freiwillig bereit erfolgte, muß auch unsere künftige Stellung in der neuen Gemeinschaftsbewegung freiwillig bereit und verpflichtend sein. Verpflichtend zu verantwortungsbewusster Mitarbeit, verpflichtend zu ehrlicher Gefolgschaft.

Solcher Verpflichtung aber kann nur derjenige genügen, der in der neuen Bewegung, in der wir aufgehen, nicht nur die „Organisation“, also die neue äußerliche Form und Gestalt sieht, sondern auch bestrebt ist, ihr inneres Wesen, den neuen Ideen Gehalt dieser Bewegung zu erkennen und sich selbst zu eigen zu machen. Das und nichts weniger ist die geistige Konsequenz, die sich aus jener Verpflichtung unserer Bewegung an die Führung Adolf Hitlers und der Deutschen Arbeitsfront ergibt.

Das mag manchem, der jahrzehntelang in unserer Bewegung geschafft hat, schwer fallen. Und es mag für manch einen, der in persönlicher Beurteilung dem Neuen noch fremd gegenübersteht, leichter sein, in ablehnender Haltung sich abseits zu stellen.

Aber es zeugt von größerem Verantwortungsbewußtsein, neuen Erkenntnissen sich ehrlich bereit zu erschließen und daraus die Folgerungen zu ziehen, als sich in nichtstünder und nichtstünder Resignation zu ergeben.

Verantwortungsbewußt allein ist die Tat.

Ein solches Verhalten hat nichts zu tun mit jenem charakterlosen Mittelwechsel, den gewisse Konjunktur-Ritter übertrage id schnell vorgenommen haben. Es ist nicht von „konjunkturpolitischen“ Ausflüchten oder Spekulationen bestimmt, sondern aus dem ehrlichen Bemühen um das Erkennen

Dr. R. Ley, Führer der Deutschen Arbeitsfront: (Schluß.)

Der Ständische Aufbau und die Deutsche Arbeitsfront

Wenn die Deutsche Arbeitsfront die Erziehung des deutschen Menschen zur Gemeinschaft bedeutet, so steht der ständische Aufbau diese Erziehung in die Tat um. Das Ziel des ständischen Aufbaues ist das Blühen der Wirtschaft und die gesunde Eingliederung jedes schaffenden Menschen in die Wirtschaft. Hier stehen sich nicht mehr Vertreter irgendwelcher Interessensverbände gegenüber, sondern es arbeiten Menschen ein- und desselben Standes zusammen. Angehörige ein- und desselben Standes beraten über das Wohl ihres Standes und über die Ehre ihres Standes.

Jeder, wer diesem Stand angehört, soll und muß das Bewußtsein haben, daß er damit ein geachtetes und wertvolles Glied der menschlichen Gesellschaft geworden ist und daß es seine Pflicht ist, mit über die Gesamtehre des Standes zu wachen.

Der Charakter allein wird der Wertmesser für die Beurteilung des Menschen sein, und deshalb muß die Keimzelle des ständischen Aufbaus im Betrieb liegen, dort, wo sich die Menschen gegenseitig genau kennen.

Was sind nun die Aufgaben des ständischen Aufbaues?

1. Die Wirtschaft muß zur höchsten Blüte entfalteter werden, damit das Volkwohl leben kann.
2. Deshalb muß das Führertum im Betrieb wieder vollkommen hergestellt werden.
3. Dies ist notwendig, damit die volle Verantwortung jedes einzelnen wieder ausgerichtet wird.
4. Erst dann ist es möglich, dem arbeitenden Menschen den höchsten Schutz und das ihm zukommende Recht zu gewährleisten.
5. Dieser Schutz und das Recht werden erst erreicht, wenn unabhängige Standesgerichte darüber wachen und jeden einzelnen Schädling mit den schwersten Strafen belegen können.

Zu dem ersten Punkt, daß die Wirtschaft blühen muß, wenn das Volk gedeihen will, ist wenig zu sagen. Zerstört die Wirtschaft, so werden davon allen voran die Schwächsten betroffen. Der Arbeiter wird zuerst vom Schicksal geschlagen. Deshalb hat gerade die unterste Schicht ein Interesse an dem Gedeihen und an dem Wohlergehen einer gesunden Wirtschaft.

Wenn, wie in Deutschland, das Führertum und damit die Verantwortung des einzelnen ausgeschaltet wurde, so hat man in unverantwortlicher Verblendung die Wurzeln jeder gesunden Wirtschaft abgehackt.

Deshalb wird der ständische Aufbau als erstes dem natürlichen Führer eines Betriebes, d. h. dem Unternehmer, die volle Führung wieder in die Hand geben und damit aber auch die volle Verantwortung aufladen. Der Betriebsrat eines Werkes besteht aus Arbeitern, Angestellten und Unternehmern. Jedoch hat er nur beratende Stimme. Entscheiden kann allein der Unternehmer. Viele der Unternehmer haben jahrelang nach dem „Herr im Hause“ getrieben. Jetzt sollen sie wieder „Herr im Hause“ sein, aber wehe ihnen,

des positiven neuen Willens, dem jeder, dem es ernst ist um die Sache der Arbeiterschaft, zustimmen und zum Erfolge verhelfen muß.

Wir haben auf die wesensverwandte Zielsetzung der nationalsozialistischen Bewegung bereits hingewiesen. Nicht alles, was im Programm des ständischen Aufbaues und des Neubaus der deutschen Gewerkschaftsbewegung steht, entspricht hundertprozentig unseren bisherigen Auffassungen und Zielen. Aber darauf kommt es nicht an. Ausschlaggebend ist allein der Erfolg. Dieses Gesamtziel der neuen Arbeitsbewegung — die wirtschaftliche, kulturelle und soziale Höherführung der deutschen Arbeiterschaft und ihre ständische Eingliederung in das Volksganze — ist

wenn sie diesen Herrenstandpunkt mißbrauchen sollten. Das Standesgericht wird jene Schädlinge zur Verantwortung ziehen. Die Standesgerichte sind ordentliche Gerichte. Ihnen gehören Arbeiter, Angestellte und Unternehmer als Laienrichter an. Sie können Gefängnis- und Zuchthausstrafen, ja sogar völlige Enteignung als Strafe verhängen. Damit ist ein Schutz des arbeitenden Menschen vorhanden, wie ihn alle Lohn- und Tarifverträge zusammen niemals gewähren können oder jemals gewährt haben. Nehmen wir nun noch hinzu, daß an die Mitgliedschaft der Arbeitsfront das Staatsbürgerrecht gebunden ist und daß alle Partner des ständischen Aufbaues Mitglieder der Deutschen Arbeitsfront sein müssen und daß, wenn ein solches Mitglied das Volksganze gräßlich verlegt, ihm das Staatsbürgerrecht entzogen werden kann und damit der deutsche Mensch völlig aus der Gemeinschaft des Volkes und des Staates ausgeschaltet wird und ihn somit die schwerste Strafe trifft, die überhaupt jemals ausgesprochen werden kann, so glaube ich wohl behaupten zu können, daß alle Vorkehrungen getroffen sind, um den schaffenden deutschen Menschen, gleich wo er steht, mit dem höchsten Schutz und dem höchsten Rechtschutz zu versehen.

Der Ständische Aufbau

Innerhalb der horizontalen „Arbeitsfront“ lagern Hunderttausende von Unternehmungen. Jeder Betrieb hat einen Betriebsrat, der aus Arbeitern, Angestellten und Unternehmern besteht und dessen natürlicher Führer, wie bereits gesagt, der Unternehmer ist. Die Unternehmungen werden nach Fachgruppen zusammengefaßt.

Diese Fachgruppen werden regional zusammengefaßt. Dabei werden nach den Bedürfnissen der Wirtschaft entsprechende Wirtschaftskreise, Bezirke und Provinzen errichtet werden. In der Fachgruppe werden alle Angelegenheiten des gesamten Faches berührt, wie Lohn-, Tarif- und Sozialversicherungen usw., sowie die Wirtschaftspolitik des betreffenden Faches. In die Fachgruppe werden Arbeiter, Angestellte und Unternehmer gewählt, und zwar nur Facharbeiter. Der Führer der Fachgruppe wird ernannt. Nach oben bis zum Reich werden entsprechende Institutionen geschaffen, in denen immer Arbeiter, Angestellte und Unternehmer zusammen beraten. In der obersten Spitze des ständischen Aufbaues sitzen auch Vertreter der Deutschen Arbeitsfront. Alle Einrichtungen werden besetzt sein von dem einen Gedanken, wie fördern wir die Wirtschaft und wie schützen wir den schaffenden Menschen, weil er das höchste Gut der Wirtschaft ist.

Wie werden nun in diesem ständischen Aufbau Lohn und Tarif sowie der soziale Schutz der schaffenden Deutschen festgesetzt? So wird z. B. der Reichsrahmentarif der Holzindustrie in der Reichsfachgruppe der Holzindustrie festgesetzt. Er umfaßt nur einige fundamentale Sätze. Er

wird sich niemals in Einzelheiten verlieren, wie es die bisherigen Tarife getan haben, ausgehend von dem Grundsatz, daß man das Schicksal des Betriebsmenschen nicht vom grünen Tisch aus beurteilen kann, sondern nur von der rauhen Wirklichkeit her. Z. B. setzt der Reichsrahmentarif fest, daß jeder Deutsche ein Mindesteinkommen haben muß, damit er leben kann. Wer unter diesem Mindestlohn Menschen beschäftigt, wird bestraft. Der Reichsrahmentarif setzt weiterhin fest, was er als Mindesteinkommen ansetzt, z. B. für eine fünfköpfige Familie, Vater, Mutter und drei Kinder; er setzt dann weiterhin nur einen bestimmten Prozentsatz erhält. Er setzt fest, daß der Facharbeiter so und so viele Prozente über dem Mindestlohn erhalten muß. Er setzt den Urlaub fest, und auch allgemeine Bedingungen über Frauen- und Kinderarbeit, über Sozialeinrichtungen usw. Die Bezirksfachgruppe behandelt im Rahmen dieses Tarifes schon weitere Einzelheiten. Sie stellt fest, was in ihrem Bezirk als Mindesteinkommen zu gelten hat. Und zwar wird das Mindesteinkommen auf Grund eines Reallohnes errechnet werden. Wenn der Reichsrahmentarif von einem Mindestlohn spricht, so muß er selbstverständlich auch vom Stundenlohn abgehen und an seine Stelle den Wochenlohn setzen. Denn es ist gleichgültig, wie die Praxis erwiefen hat, wieviel Stundenlohn jemand erhält, wenn er in der Woche nur ein oder zwei Stunden Arbeit leistet. Wie gesagt, die Bezirksfachkammer setzt den Mindestlohn nach Realwerten fest und behandelt weitere Einzelheiten, die für ihren Bezirk maßgebend sind. Die Kreisfachgruppe geht nun noch mehr ins Einzelne. Sie setzt generell den endgültigen Tarif in allen Details fest. Grundsätzlich lehnt der ständische Aufbau Werk tarife ab. Ausnahmen von dieser Regel können nur gemacht werden, wenn die Belegschaft eines Betriebs einen Antrag an die Fachgruppe stellt, und zwar dann, wenn durch widrige Verhältnisse ein wirtschaftlich hochwertiges Werk der Vernichtung anheimfällt. Ein solcher Ausnahmetarif im Werk muß natürlich die Zustimmung der Fachgruppe erhalten.

In diesem ständischen Aufbau werden auch alle mit dem Betrieb zusammenhängenden Sozialversicherungen und Einrichtungen gelegt werden müssen.

In diesem grundsätzlichen Gedanken habe ich versucht, das Wesen und die Ziele des neuen Wirtschaftsaufbaues zu erklären und zu erläutern, und ich hoffe, daß damit jeder vernünftige und verständige Mensch, der nicht durch Klassenkampf blind gemacht und zu einem Narr geworden ist, erkennen wird, daß der Nationalsozialismus ein Werk baut von so ungeheuren gigantischen Ausmaßen, wie es noch nie zuvor war und auch vielleicht nicht wieder sein wird. Damit ist das Fundament geschaffen, auf dem Generationen Jahrhundert hinausneubauen können.

auch unser Ziel seit jeher. Und darum ist es unsere Pflicht, an der Verwirklichung dieses Strebens unser Teil beizutragen.

Das aber ist nur möglich, wenn wir ehrlich bestrebt sind, in der Erkenntnis des neuen Ideengutes, das die nationalsozialistische Bewegung trägt, den geistigen Schlüssel zum Verständnis ihres Wandels und Willens zu finden. Denn nur aus der Idee, aus der Weltanschauung ist dieses neue Volksganze zu begreifen und in allen Konsequenzen zu erfassen und zu verstehen. Dieses ideenmäßige Verstehen und Erfassen jenes Willens ist darum auch Voraussetzung für wirklich positive Mitarbeit.

Nur dann, wenn wir so den Nationalsozialismus als Idee zu ergreifen und zu verstehen suchen und überall dort, wo wir

sein soziales Wollen positiv finden und zu bejahen vermögen, es zur Grundlage auch unseres gewerkschaftlichen Handelns zu machen bereit sind, nur dann sichern wir den Erfolg.

Viel Gutes und Wertvolles aus unserer Bewegung können wir bei dem neuen Aufbau dienlich machen. Und wir finden — die grundsätzlichen Ausführungen des Leiters der Deutschen Arbeitsfront zeigen uns das — im neuen Ideengut Berührungspunkte, an denen wir bei diesem Streben um die neue geistige Fundierung anknüpfen und fortfahren können. So muß und wird es uns in ehrlichem Bemühen gelingen, das geistige Fundament zu gewinnen, auf dem der soziale und nationale Neubau Deutschlands und damit die Zukunft der deutschen Arbeiterschaft ruht.

Sammlung in der Deutschen Arbeitsfront!

Mit der Bildung der Deutschen Arbeitsfront ist die langersehnte Einheitsbewegung der deutschen Arbeiterschaft geschaffen worden. Neben der Bedeutung dieses Geschehens kann sich nur der im Zweifel sein, der den bedauerlichen gegeneinander gerichteten Kampf der Gewerkschaften in der Vergangenheit nicht mitempfunden hat und der das Einheitsstreben, das seit Jahrzehnten in der deutschen Arbeiterschaft liegt, nicht kennt. Mit der Schaffung der Deutschen Arbeitsfront ist dieses Sehnen verwirklicht worden. Die gesamte deutsche Arbeiterschaft steht in einer einzigen Bewegung geschlossen zusammen, in einer Organisation, die an die Stelle der Vielheit von Verbänden und Organisationen getreten ist. In den 15 Fachschaften sind für die einzelnen Berufsgruppen die zuständigen Berufsverbände gebildet, die im Rahmen der Deutschen Arbeitsfront zusammengeschlossen sind.

Bei allem Wissen um die Bedeutung der gewaltigen Leistung, die in der Schaffung einer Einheitsbewegung der deutschen Arbeiterschaft vollbracht wurde, müssen wir uns aber dennoch darüber klar sein, daß mit der vollbrachten organisatorischen Leistung das Endziel der gestellten Aufgabe — des einheitlichen Zusammenschlusses der gesamten deutschen Arbeiterschaft — noch nicht verwirklicht worden ist.

Dieses Endziel wird erst dann erreicht sein, wenn auch tatsächlich die gesamte Arbeiterschaft reiflos in die neue Arbeitsfront bezug. den geschaffenen Berufsverbänden organisiert ist.

Mit Vorbedacht ist die Zugehörigkeit zur Einheitsfront auch für die Zukunft als eine freiwillige bestimmt worden. Kein Arbeiter und keine Arbeiterin soll gezwungen sein, Mitglied der Arbeitsfront zu werden. Das darf aber nicht darüber hinwegtäuschen, daß andererseits mit der Mitgliedschaft in der Deutschen Arbeitsfront so grundlegende staatsbürgerliche Rechte verbunden sind, daß jeder Arbeiter und jede Arbeiterin, die sich der gewerkschaftlichen Mitgliedschaft in der Arbeitsfront zu entziehen glauben, sich selbst auf das empfindlichste schädigen und gegenüber der übrigen Arbeiterschaft benachteiligen. Mit Recht weist darum der Leiter des Organisationsamtes der Deutschen Arbeitsfront und stellvertretende NSD-Beitrag, Reinhold Muecherow, in dem in der letzten Nummer unserer Zeitung veröffentlichten Aufsatz „Der Neubau der deutschen Arbeiterverbände“ darauf hin, daß das ganze schaffende Deutschland in der Deutschen Arbeitsfront

zusammengeschlossen werden muß und daß auch der letzte Arbeiter, insbesondere aber auch die bisherigen Unorganisierten in ihr erfasst werden müssen.

So betont Muecherow:

„Auch sie gehören in die Deutsche Arbeitsfront, denn künftig gilt nur der etwas in Deutschland, der im Besitz des Staatsbürgerrechtes ist. Die Verleihung dieses so wichtigen Staatsbürgerrechtes, welches regelrecht verdient werden muß, ist aber abhängig von der Zugehörigkeit zu einer Organisation der Deutschen Arbeitsfront.“

Das Staatsbürgerrecht, das so mit der Zugehörigkeit zur Deutschen Arbeitsfront verbunden ist, wird in Zukunft die Voraussetzung für die vollberechtigte berufsständische und soziale Stellung des Arbeiters sein. Wer nicht im Besitze dieses Staatsbürgerrechtes ist, wird praktisch „Standeslos“ sein, d. h. rechtlos und ausgeschlossen von der staatsbürgerlichen Gemeinschaft und Gleichachtung. Darum sagt Muecherow weiter mit Recht in seinem Aufsatz:

Gewerkschaftliche Beitragspflicht

Das sollten alle jene, die in der Vergangenheit glaubten, ohne gewerkschaftliche Organisation auskommen zu können, sich besonders einprägen. Das sollten aber auch jene nicht vergessen, die unter den unklaren Verhältnissen der vergangenen Monate ihre gewerkschaftliche Mitgliedschaft aufgegeben und sich außerhalb unseres Verbandes gestellt haben.

Noch ist es Zeit, unter Wiederaufnahme der Beitragszahlung sich die alten Verbandsrechte zu sichern und die bisherige Mitgliedschaft zu erhalten.

Jeder Tag aber, den sie damit zögern, bringt sie in Gefahr, daß ihnen die bisherigen gewerkschaftlichen Rechte, die auch in der neuen Einheitsbewegung erhalten bleiben, verloren gehen und sie später mit der Beitragszahlung und der Erwerbung von gewerkschaftlichen Rechten und Ansprüchen neu anfangen müssen.

Das ist von außerordentlicher Wichtigkeit auch hinsichtlich der künftigen Leistungen in der Deutschen Arbeitsfront. Der Führer der Deutschen Arbeitsfront, Dr. Leug, betont in seinen grundsätzlichen Ausführungen „Der Ständische Aufbau und die Deutsche Arbeitsfront“, die wir in Nr. 24, 25 und in der heutigen Ausgabe unserer Zeitung wiedergeben, ausdrücklich über diese Selbsthilfeeinrichtungen der Deutschen Arbeitsfront:

„Darum ist nichts törichter, als beinahe wirklicher Selbstmord, als wenn nicht klar Sehende die Verbände verlassen. Sie machen sich und ihre Familien unglücklich.“

Der Leiter des Organisationsamtes der Deutschen Arbeitsfront weist weiter auf die praktische Folgerung eines solchen Verhaltens hin, indem er dazu weiter erklärt,

„daß später nur der Arbeit erhalten kann, der Mitglied der Deutschen Arbeitsfront ist.“

An die Stelle einer gesetzlichen Verpflichtung zur Mitgliedschaft in der neuen Einheitsbewegung, wie sie von vielen Gewerkschaftlern erwartet und gehofft wurde, ist also eine praktische Verpflichtung getreten, die zum mindesten ebenso bindend und in ihrer praktischen Auswirkung noch viel nachdrücklicher sein wird: Wer sich in Zukunft außerhalb der gewerkschaftlichen Organisationen der Deutschen Arbeitsfront stellt, wird ohne Staatsbürgerrecht, ohne Standeschre und ohne wirtschaftliche Existenzmöglichkeit sein.

Die in der Deutschen Arbeitsfront zusammengeschlossenen Verbände haben ein weitverzweigtes Versicherungswesen, das den Mitgliedern für Alter, Siedtum oder Krankheit eine gewisse Sicherheit garantiert. Diese mannigfaltigen Institutionen werden zu einem einzigen großen Versicherungswerk zusammengelassen. Alle Mitglieder der Deutschen Arbeitsfront werden zu dieser Versicherung ihren Beitrag leisten müssen.

Es liegt im Interesse aller Mitglieder unseres Verbandes, sich deshalb ihre Beitrags- und Unterstützungsansprüche zu sichern und ihre alten Rechte auf Unterstützungsleistungen, Sterbegeld, Invalidenrente ujm. zu erhalten. Es besteht für sie keine Veranlassung, von der bisherigen Beitragszahlung und Beitragshöhe abzugeben. Im Gegenteil. Die Höhe und Dauer der bisherigen Beitragsleistung wird natürlicherweise auch für die Anrechnung der Beiträge auf die neuen Rechte und Leistungen Maßstab und Grundlage sein. Diejenigen Arbeiter, welche glauben, mit einem niedrigeren Beitrag und mit weniger Beitragsmarken sich die gleichen Rechte sichern zu können, als wie die anderen Kollegen, die regelmäßig ihren Pflichtbeitrag

oder einen freiwillig höheren Beitrag gezahlt haben, werden sich bitter täuschen.

Es liegt darüber hinaus aber im Interesse, insbesondere auch der Unorganisierten, nicht abzuwarten, bis die angekündigte Verjagung des Staatsbürgerrechtes für sie praktisch wirksam wird, weil sie außerhalb der Deutschen Arbeitsfront stehen.

Jene Unorganisierten, die da glauben, erst dann, wenn es sein muß, in die Gewerkschaft einzutreten und sich doch die gleichen Rechte in der neuen Arbeitsfront sichern zu können wie die Altorganisierten, werden sich bitter täuschen.

Das gesunde Leistungsprinzip, daß alle Unterstützungsansprüche auch in der neuen Gewerkschaftsbewegung verdient und redlich erworben werden müssen, wird auch für sie in der Deutschen Arbeitsfront Anwendung finden. Der Arbeiter und die Arbeiterin, die erst dann, wenn sie unter moralischem und wirtschaftlichem Druck und aus der Gefährdung ihrer staatsbürgerlichen Stellung und Existenz sich Notgedrungen bereit finden, Mitglied der Einheitsfront zu werden, werden kaum damit rechnen können, daß ihr Verhalten ihnen eine besondere Achtung und besondere Vorteile einbringt. Wer dagegen als altorganisierter Gewerkschaftler bei der bevorstehenden Zusammenfassung der Verbände in die Arbeitsfront eintritt, hat ein umso größeres Recht auf seine gewerkschaftliche Anerkennung und die Wahrnehmung seiner Interessen in der neuen Bewegung.

Darum muß es die Aufgabe aller Gewerkschaftler in den kommenden Wochen sein, zunächst ihre Beitragsleistung im Verbande — soweit dies nicht der Fall ist — wieder in Ordnung zu bringen, um sich die Voraussetzungen für ihre gewerkschaftlichen Ansprüche in der neuen Bewegung zu sichern. Unsere Aufgabe muß es aber darüber hinaus sein, in einer intensiven Aufklärungs- und Werbearbeit bemüht zu sein, jeht auch die Abseitigen und Unorganisierten für unsere Bewegung zu gewinnen.

Es gibt für jene Nicht-Gewerkschaftler heute keine Entschuldigung mehr. Es gilt für sie insbesondere nicht mehr die Ausrede von der Einheitsbewegung und nicht mehr die Entschuldigung: „Wenn die anderen sich organisieren, werde auch ich mich organisieren.“

Die erstrebte Einheitsbewegung ist geschaffen, tragen wir Sorge, daß auch die gesamte Arbeiterschaft in ihr zusammengeschlossen wird.

An uns alle in unserem Verbande ergeht der Ruf zur Werbung für unsere Bewegung und zur Werbung für die Deutsche Arbeitsfront.

Die Zinsfrage

In der Vorkriegszeit galt ein Zins von über 6 Prozent als Wunder. Heute werden trotz der prekären Wirtschaftslage weithin erheblich mehr als 6 Prozent Zinsen gefordert und auch gezahlt. Der richtige und gerechte Zinssatz, der sich nach liberalen Übergängen nach dem Gesetz von Angebot und Nachfrage am Geldmarkt entwickeln sollte, entwickelt sich keineswegs nach diesen Grundzügen. In der Nachkriegszeit haben sich Zinssätze herausgebildet, die zweifellos als Wunder zu bezeichnen sind. Diese Zinssätze heruntergedrückt werden, sonst kann sich eine gesunde Wirtschaft überhaupt nicht entwickeln. Es ist gar keine Frage, daß durch die Höhe der heutigen Zinssätze ein bedeutender Teil der Unternehmerrisikopraxis gelähmt wird und wichtige Teile der Wirtschaft auch und auch zum Erliegen gebracht werden. In manchen Wirtschaftszweigen haben wir den 6prozentigen Zins allerdings erreicht. Die kleineren und mittleren Unternehmungen zahlen aber in der Regel für ihre Kredite mit Provisionen ujm. erheblich höhere Zinssätze. Solche Zinssätze können von vielen Unternehmungen, trotz aller Anstrengungen, nicht herausgewirtschaftet werden, geschweige daß diese selbst noch ein Gewinn verbrieft.

So gehen die Dinge nicht weiter. Es ist darum zu begrüßen, daß die in Betracht kommenden, im leitende Stellen des geschäftlichen Vertrauensmannes der NSDAP, auf eine solche Regelung und erhebliche Herabsetzung der Bankzinsen, der Zinsmarge und der Provisionen dringen. Die Zinsen, die der Sparer für seine eingeleigten Sparkapitalien von den Banken und Sparkassen erhält, sind von den Finanzministerien schon mehrfach herabgesetzt worden. Das der für die Volkswirtschaft so wichtige Sparer heute für langfristige und jährlich auch für langfristige Spargelder an Zins erhält, ist nicht mehr allzuviel. Der Sparer wird und muß aber daran liegen, daß die Wirtschaft wieder in Gang kommt, damit ihre Sparanlagen unbedingt sichergestellt sind. Es geht diesen Dingen nicht in erster Linie um hohe Zinsen, sondern um die unbedingte Sicherheit ihres immer erwarteten Geldes. Diese Sicherheit ist aber immer dann am besten gegeben, wenn das arbeitende Volk möglichst reiflos in voller Tätigkeit ist. Eine und unbedingte Sicherheit bringen beispielsweise in der Vorkriegszeit nur einen Zinssatz von 6 Pro-

zent p. a. Trotzdem waren sie bei den nicht spekulativ eingestellten Kapitalbesitzern begehrt. Wir müssen auf dem Geldmarkt wieder zu Zinssätzen kommen, die für die Kreditnehmer einer soliden Wirtschaft nicht mehr als 4 bis 4,5 Prozent betragen. Dabei wird man zugunsten der landwirtschaftlichen Betriebe noch Differenzierungen nach unten vornehmen müssen. Zur Erleichterung und vollen Jungangebung der deutschen Wirtschaft muß eine ganze Reihe von Maßnahmen getroffen werden. Eine der wichtigsten aber ist die schnelle Regelung der Zinsfrage. Die Befürchtung, daß die Wiedereinführung normaler und transparenter Zinssätze den für die Volkswirtschaft so wichtigen Spartrieb unterbinden würde, ist nicht begründet. Die Sparer und die Hunderttausende kleiner Kapitalisten wissen, daß ihnen auf die Dauer nur bei gut gehender Wirtschaft und voller Beschäftigung aller Volksgenossen das Kapital gesichert ist und schließlich auch wieder bessere Zeiten in Aussicht stehen.

Vom deutschen Wesen

Um deutsches Wesen geht das geistige Sehnen unserer Zeit. Deutsche Art und deutsches Gedankengut, das unter der Verarmlichung des „modernen“ Zeit-Geistes verdrängt worden, ringen wieder nach Geltung und Auswirkung im Leben und Handeln des Einzelnen und der Gemeinschaft. Und überraschend hell leuchtet jenes verloren geglaubte Ideal wieder wahrhaftig. Deutschland ist plötzlich hell auf, und wir erkennen: Der „Geist der Väter“ ist lebendig geblieben in unserer Seele und vermag uns auch heute und künftig noch Kraft und neue ideale Werte zu geben zum nationalen und sozialen Aufbau des Reiches.

Und wir greifen wieder zu jenen Büchern, die uns dieses geistige Lebensgut unseres Volkes am besten zu geben vermögen, weil sie uns nicht nur jene vergangenen Geschehnisse deutscher Geschichte vor Augen führen, die uns wahres Deutschtum und -Tugend lehren, sondern weil sie selbst wahrhaftig deutsch sind in Sprache, Sinn und Art. Volksgeschichte sind diese Werke zu geben zum nationalen und sozialen Aufbau des Reiches.

Deutschtum im Osten — Wir müßten kaum ein besseres Werk, das uns dieses Gefühl unseres Volkes so lebendig gestaltet und in die Seele prägt, als das historische Lebensbild, das Ernst Schiller in seinem Buche „Heinrich von Heintz“ (Realistische Sachgemeinschaft, Berlin 1931) darstellt. Die ganzheitliche und geistig tragende Geschichte des deutschen Mittelalters, der den Deutschen eine so

machtvoll kolonisierte, ist der Hintergrund dieses gewaltigen Gemäldes deutscher Vergangenheit. Kein anderer konnte die Farben dieses Bildes so bunt und kräftig mischen und die Formen so lebendig scharf und deutlich umreißen, als Wichter, der sühnendste Dichter, der Jahrzehntlang im deutschen Osten lebte und mit der Vergangenheit des deutschen Volkes an der Nemele verwehte. Der Kampf Heinrichs von Heintz, der Kampf zwischen Ostdeutschem Orden und Städten, hineingeführt in die Gegenfährlichkeit von Deutschtum und Sklaventum, verleiht seinem Werke weit über das historische hinaus zeitgenössische Bedeutung von bleibendem Werte. Sinn und Sprache seiner Darstellung aber geben dem Buche zugleich jene innere Kraft und Geltung, die es zu volkshafter Dichtung.

Deutschtum im Süden. — Nicht minder farbenprächtig gestaltet aus einer wahrhaft verismendlichen Fülle von Reichtum an Sprache und Klang; nicht minder bedeutsam aber auch an historischer Geltung und volkshafter Wert ist das andere Zeitbild, das Heinrich von Schiller in seinem Geschichtswerk „Kleiner Atlas“ (Verlagsanstalt Tyrolia, Innsbruck-Wien-München) schuf. Deutschtum im Süden steht bildvoll, lebenswahr und lebensnah darin auf: Die Zeit des sinkenden Mittelalters, übertrahlt schon von der aufsteigenden Neuzeit. Ein Bild tragischer Verfalls, des Bergens einer glanzvoll großen Epoche. Im Mittelpunkt dieses monumentalen Zeitbildes aber der Kampf um das Land Tirol — Fürstentum, Uneinigkeit und Brudermei — verzweifeltes Ringen um Volkstum und Einheit sehen gegeneinander in unheiligem Kampfe. In bunter Fülle leuchten aus diesem Gemälde vergangene Sitten und Bräute, Licht- und Schattenseiten jener Tage und Leben Menschen und Handlung über das zeitlich Begrenzte hinaus in eine Gesamtschau von Volkstum und geschichtlichem Werden. Es ist ein kulturell und historisch gleich bedeutendes Werk, das Schiller damit geschaffen hat; ein Buch, wert der Liebe einer großen breiten Lesergemeinschaft.

Deutsches Landvolk, deutsche Art — das ist die Sicht, aus der Arthur Maximilian Miller sein Werk vom „Jörg von Grubenberg“ in dem er die Wende des sinkenden Mittelalters und der andröhrenden Neuzeit gestaltet, gab ihm einen Namen von gutem Klang unter den historischen Schriftstellern. Sein Buch vom „Meister Volkmar Degehart“ (Jungfer Jodel und Meister Volkmar Degehart, Verlag Herder, Freiburg) zeigt, daß er diesen Namen mit recht hat. Menschen und Landschaft, die er uns zeigt, sind deutsch im besten Sinne des Wortes, deutsch in ihrer Charakterkraft und Romantizität, deutsch in ihrer Rein-

heit und Treue und deutsch in ihrer schlichten Einfachheit, mit der sie des Lebens letzter Sinn erschöpfen. Deutsch aber ist vor allem auch die edle Sprache, die uns bei Miller immer wieder von neuem begeistert — ungekünstelt und auch im Historischen frei von aller „Altdeutscherei“ — klar und gerade, wie die Menschen selbst, die Miller gestaltet. So gehört auch dieses sein Buch zu den guten deutschen Volksbüchern, die uns wirkliches Volkstum zu geben vermögen.

Deutschtum der Gegenwart. — Rückwärts blickend, vorwärts schauen! Das allein kann der Sinn des Zurückschauens in deutsche Vergangenheit sein. Vorwärts schaut K. Wilhelm Beitzlein, wenn er in seinem Buche „Rausch an der Ruhr“ (Verlag Engelhorn, Stuttgart) deutsches Leben und Schaffen der Gegenwart gestaltet. Ein Preisenschriftchen, das die Stadt Essen für einen besten Ruhrroman auszeichnet, war der Anstoß zu diesem Buche, das preisgekrönt aus dem literarischen Wettstreit hervorging. „Die Energien des Ruhrlandes, seiner Dinge, Menschen und Wesen freizulegen“, war die geistige Aufgabe, die in jenem Wettbewerb als Ziel gestellt war. Beitzlein hat diese Aufgabe bewältigt in einer literarisch wie darstellerisch gleich wertvollen Weise. Er hat es verstanden, das Thema voll auszuschöpfen, indem er einen lebendigen Querschnitt durch das Ruhrland und seine Menschen schuf. Deutschtum der Gegenwart zeigt so sein Buch und schlägt die Brücke in die deutsche Zukunft, um die unsere Zeit geistig und wirtschaftlich kämpft.

Eine neue Kunstfaser

Aus der amerikanischen Kunstfaserindustrie wird über die Erfindung einer neuen Kunstfaser berichtet. Das neue Erzeugnis, „Sola“ genannt, stellt ein Produkt dar, das — hergestellt auf der sogenannten Zellulosebasis — aus reiner Zellulosefaser besteht, aber nicht wie die übrigen Zellulosekunstfasern, die meistens aus Fichtenholz gewonnen wird, nach versponnen wird. Der im Trockenverfahren hergestellte Faser sei ein absolut neues Produkt, das weder mit der bisherigen Kunstfaser, noch mit anderen Spinnfasern vergleichbar sei. Das Garn könne in den verschiedensten Stärken hergestellt werden, sei vollkommen schrumpffrei, gut färbbar und durch ein besonderes Verfahren massericht zu machen, so daß eine außerordentlich vielseitige Verwendung dafür gegeben sei. Das neue Erzeugnis wird hergestellt in den chemischen Fabriken von Brown & Co. in Portland, die auch in Berlin A. S. einen Zweigbetrieb besitzen.

Man wird die praktischen Erfahrungen mit diesem neuen Erzeugnis erst abwarten müssen, ehe man ein sachliches Urteil darüber zu fällen vermag.

Gegenwartsfragen der Textilindustrie

Am Ueberstunden- und Mehrschichtensystem.

Der Appell der Industrie- und Handelskammer für M. Gladbach, Rheydt und Neuf zur Neueinstellung von Arbeitslosen und Freimachung neuer Arbeitsplätze durch Verzicht auf die bisher geübte Bevorzugung von weiblichen Arbeitskräften, insbesondere aber durch Verzicht auf die bisher gepflogene Ueberstundenarbeit bei stoßweise einsetzenden Mehrarbeitsperioden und durch Aufgabe der bisher üblichen Mehrschichtenbeschäftigung, hat in der breiten Öffentlichkeit allgemeine Beachtung gefunden und ist in den beteiligten Kreisen Gegenstand eines lebhaften Meinungsstreites geworden. Die Handelskammer für M. Gladbach-Rheydt und Neuf weist dabei auf den drohenden zukünftigen Facharbeitermangel hin, der notwendigerweise eintreten muß, wenn die Industrie billigere weibliche Arbeitskräfte und die Beschäftigung mit verlängerter Arbeitszeit und Mehrschichten weiter beibehält, anstatt auf die Wiedereinstellung männlicher, insbesondere die Anlernung jugendlicher Arbeiter bedacht zu sein.

Die M. Gladbach-Rheydter-Neuffer Handelskammer berührt damit ein Problem, das in der Vergangenheit schon oft von der Arbeitnehmererschaft aufgegriffen worden ist und dringend einer endgültigen Lösung bedarf, im Allgemeininteresse ebenso wie im Interesse der beteiligten Industrie selbst.

Es ist eine erwiesene, durch statistische Erhebungen wiederholt erhärtete Tatsache, daß in der deutschen Textilindustrie in zunehmendem Maße mit der fortschreitenden Krise der vergangenen Jahre die Entlassung vorwiegend männlicher Arbeitskräfte erfolgt ist. Die Zahl der beschäftigten männlichen Arbeiter ging infolgedessen wesentlich stärker zurück, als die der Arbeiterinnen, deren Anteil an der Gesamtbeschäftigtenzahl wesentlich gestiegen ist. Die Folge dieser Entwicklung ist, daß in zahlreichen Textilarbeiterfamilien der Haupternährer seit Jahren arbeitslos ist, während die Frau noch im Betriebe steht und als Verdiennerin, Gattin und Mutter doppelt belastet ist. Unter den gegenwärtigen Notverhältnissen dieser Familien wirkt sich diese Doppelbelastung naturgemäß in erhöhtem Maße familiensenkend und gesundheitschädigend aus.

Dabei ist es — von Ausnahmen abgesehen — keineswegs so, als ob diese Frauenarbeit nicht durch arbeitslose Männer oder jugendliche geleistet werden könnte. Selbst wo dem bei einer Reihe von Spezialarbeiten gewisse Hemmnisse entgegenstehen, sind dieselben durch Anlernung neuer bzw. jugendlicher Arbeitskräfte ohne große Schwierigkeiten zu überwinden. Auch ein etwa dabei betroffenes Eigeninteresse der Betriebe kann niemals so wichtig sein, als daß es nicht dem Gesamtinteresse untergeordnet wäre. Die Handelskammer M. Gladbach, Rheydt und Neuf betont darum mit Recht: „Es muß angestrebt werden, daß der männliche Arbeiter als Begründer und Ernährer einer Familie wieder in viel größerem Maße als bisher in den Arbeitsprozeß eingeschaltet wird.“

Aus Gründen der Gesunderhaltung von Volk und Familie ist dieser Zustand gleichermaßen zu verurteilen und rasche Beseitigung dringendes natio. aec. Sebot.

In der weiter von der Handelskammer M. Gladbach, Rheydt und Neuf angegriffenen Ueberstunden- und Mehrschichtensystemfrage kann zugegeben werden, daß die gegenwärtige wirtschaftliche Lage einen besonders starken Anreiz ausübt, an Stelle von Neueinstellungen von Arbeitskräften bei verstärkter Beschäftigung zur Arbeitszeitverlängerung und zum Mehrschichtensystem überzugehen. Im Verlaufe der Krise ist die Lagerhaltung des Zwischengeschäfts, veranlaßt aus Gründen der allgemeinen Kapitalknappheit ebenso wie der unsicheren Preis- und Absatzentwicklung und des dadurch gegebenen verstärkten Risikos, wesentlich zurückgegangen und zum Teil ganz ausgefallen. Im gleichen Maße aber, als so der Zwischenhandel und seine Absatz und Nachfrage regulierende Funktion ausgeschieden ist, hat sich auch seine produktionsregulierende Tätigkeit vermindert und ist zu einem großen Teile gänzlich verloren gegangen. Plötzlich einsetzende Nachfrage wird jetzt nicht mehr gemildert und ausgeglichen durch die normalerweise zwischen Produzenten und Verkäufern (bzw. Einzelhandel) eingeschaltete Lagerhaltung des Handels, sondern trifft jetzt unmittelbar auf den Produzenten, bei dem sie nach Perioden von Auftragsmangel und Kurzarbeit plötzlich stoßweise Ueberbeschäftigung und Auftragsüberschuss auslöst. Infolge der Unmittelbarkeit und Dringlichkeit dieser direkten Nachfrage fehlt das regelnde und ausgleichende Verteilungsventil, der Unternehmer aber sucht durch Arbeitszeitverlängerung und Einleitung von Doppelschichten das Geschäft rentabel zu gestalten.

Von diesem Bestreben diktiert ist auch die weitere Gepflogenheit, auf welche die Handelskammer M. Gladbach, Rheydt und Neuf hinweist: Eine große Beschäftigung dadurch zu erreichen, daß von vornherein die Kalkulations-Grundlagen auf einer mehr als hundertprozentigen Beschäftigung berechnet werden. Wie weit diese Kalkulation mit einer übernormalen Kapazitäts-Ausnutzung geht, zeigt der Hinweis der Handelskammer auf die Fälle, „in welchen Firmen große Teile ihrer Produktion zunächst einmal bei einem oder mehreren guten Abnehmern zu Selbstkosten oder Unterpreisen unterbringen, um dann dazu überzugehen, die restlichen Aufträge mit normalen Preisen von anderen Stellen hereinzuholen. Sie erstreben eine mehr als hundertprozentige Produktion, um vermittels der hierdurch eintretenden Verbilligung ihrer Generalunkosten das Minus auszugleichen, welches ihnen die Schleuderverkäufe an die erstgenannten großen Kunden eintrug.“

Die Handelskammer M. Gladbach, Rheydt und Neuf hat recht, wenn sie solche Methoden „hochgradig verwerflich“ nennt, weil sie auf die allgemeinen Belange des Berufstandes überhaupt keine Rücksicht nehmen und Eigennutz vor Gemeinnutz stellen.

Die entscheidende Frage ist also, ob es im Gesamtinteresse der deutschen Textilindustrie liegt und gegebenenfalls bei etwaigen Opfern den fraglichen Betrieben zugemutet werden kann, unter Voranstellung des Gesamtinteresses vor das Eigeninteresse den von den Arbeitnehmern seit jeher und neuerdings auch von der Handelskammer M. Gladbach, Rheydt und Neuf geforderten Verzicht auf solche Mehrbeschäftigung zu bringen. Diese Frage ist ohne Zweifel zu bejahen. Sowohl technisch wie wirtschaftlich ist unbestritten in der überwiegen-

den Mehrheit der Verzicht auf Mehrbeschäftigung ebenso wie auf Mehrschichten möglich. Nur wenige Betriebe machen davon eine Ausnahme. Der von den Vertretern des Doppelschichtensystems vorgebrachte Gegengrund, daß Aufträge, die jetzt im Doppelschichtensystem durchgeführt werden, dann verloren gehen würden, ist deshalb nicht stichhaltig, weil er rein betriebswirtschaftlich, aber nicht industrie- und volkswirtschaftlich gesehen ist. Ein etwaiger solcher Auftragsverlust eines Betriebes wird wettgemacht durch die Beschäftigungszunahme anderer Betriebe, denen jene Aufträge zugute kommen würden. Insgesamt gesehen würde also die Textilindustrie nicht weniger beschäftigt sein. Wohl aber wäre die Auftragsverteilung eine gleichmäßigere und ebenso die Gesamtbeschäftigung eine ausgeglichener. Jetzt profitiert der Doppelschichten- oder Mehrarbeitsbetrieb in egoistischer Weise vom Gesamtauftragsbestand, indem er sich eine unverhältnismäßig große überrentable Beschäftigungsquote sichert, während die anderen Betriebe unter Auftragsmangel leiden und überhaupt keine Rentabilität erreichen. Es profitiert gegebenenfalls auch die Belegschaft dieser gutbeschäftigten Betriebe an längerer Arbeitszeit, während Tausende von Arbeitslosen und Kurzarbeitern hungern.

Ein solcher Zustand aber ist weder wirtschaftlich gesund noch sozial gerecht. Es muß darum im Sinne des neuen Appells der Handelskammer M. Gladbach, Rheydt und Neuf das Bestreben aller beteiligten Kreise sein, zu einer ausgeglicheneren, gleichmäßig geregelten Arbeitszeit unter möglichster Vermeidung des Mehrschichtensystems zu kommen. Das liegt im Interesse der deutschen Textilindustrie selbst ebenso wie im Interesse der deutschen Arbeitererschaft.

Fortschrittstendenzen der Textiltechnik

Hochleistungsprinzip und technische Rationalisierung

Vor einiger Zeit wurde in der Textilfachwelt die Neukonstruktion einer Hochleistungs-Schnellflechtmaschine für Kabela- (Telefon- und Radiolitzen) bekannt, deren enorme Leistungsfähigkeit eine Produktionsmenge ermöglicht, die dem Jahresverbrauch der Deutschen Reichspost an Telefonschnüren entspricht.

Der Nichtfachmann wird hieraus erkennen, welcher Schöpfungen die moderne Textiltechnik fähig ist. In der Öffentlichkeit aber werden, wie so oft, die bekannten Gedankengänge wegen Verschärfung der Erwerbslosigkeit als Folge der Freisetzung von Arbeitskräften durch die Maschine weiterhin erörtert.

Zur Beruhigung ängstlicher Gemüter sei jedoch mitgeteilt, daß die besagte Schnellflechtmaschine nie zur Aufstellung gekommen ist und auch nie in Betrieb genommen wird. Man ist nämlich an Hand genauer Berechnungen zu der Schlussfolgerung gekommen, daß die eventuellen Ersparnisse, die der Reichspost erwachsen, falls sie Aufträge an den Besitzer dieser Hochleistungsflechtmaschine erteilen würde, die durch die Freisetzung von Arbeitskräften entstehenden öffentlichen Lasten bei weitem nicht aufwiegen würden. Aber auch die beteiligte Textilmaschinenindustrie betrachtet eine derartige Entwicklung des Hochleistungsprinzips als ungeeignet. Der Fall angenommen, die betreffende Flechtmaschine sei zur Aufstellung gekommen, so würden in dieser Textilmaschinenkategorie für eine Reihe von Jahren keine weiteren Aggregate anzufordern sein. Der Maschinenabsatz wäre weiter eingeeengt, die in Frage kommenden Betriebsabteilungen müßten stillgelegt und die Arbeitnehmer entlassen werden. Durch die Konstruktion derartiger Hochleistungsmaschinen ist also weder der Textil- noch der Textilmaschinen-Industrie gedient.

Auch andere Branchen der Textilindustrie haben in der Öffentlichkeit wiederholt den Vorwurf hören müssen, daß sie in der Vergangenheit eine einseitige, übertriebene und deshalb falsche Rationalisierung betrieben hätten. Die Ersparung von Arbeitslöhnen habe keine Absatzvermehrung gebracht, und auch die Rentabilität lasse zu wünschen übrig. Deshalb sei es unangebracht, in der Textilindustrie den technischen Fortschritt weiter zu betreiben. Selbst in führenden Fachzeitschriften ist uns gegenüber die Ansicht vertreten worden, daß es um beide Teile, Arbeitgeber und Arbeitnehmer, besser bestellt sei, wenn die technische Entwicklung in der Textilindustrie um die Jahrhundertwende Halt gemacht hätte. Natürlich bleibe in Anbetracht des scharfen Konkurrenzkampfes auf dem Weltmarkt kein anderer Weg, als das Wettrennen um die höchste technische Leistungsfähigkeit mitzumachen.

Keineswegs ist zu verkennen, daß die Rationalisierung oft genug in die falsche Bahn eines einseitigen Hochleistungsprinzips gelenkt wurde und in dieser Richtung festgefahren ist. Wir haben schon in früherer Zeit in verschiedenen Aufsätzen vor Einseitigkeit und modemäßigem Nachahmen in Rationalisierungsangelegenheiten gewarnt. In allen Fällen aber, wo der technische Fortschritt in der Textilindustrie von sorgfältigen Ueberlegungen, die in den Rahmen einer individuellen Produktionsgestaltung einzufließen sind, diktiert wird, bleibt der Erfolg nicht aus. Eine derartige Vervollkommnung der Textiltechnik braucht sich aber durchaus nicht in einer einseitigen Tendenz zur Mehrleistung zu erschöpfen. Vielmehr sind für die textiltchnische Erfinderei noch eine Reihe anderer Faktoren richtunggebend.

Ohnehin ist nicht in jeder Beziehung die Rentabilität einer Hochleistungsmaschine gewährleistet. Um diese Tatsache festzustellen, braucht nicht einmal auf die oben gekennzeichnete Schnellflechtmaschine zurückgegriffen zu werden. So wurde bei der Kalkulation von Textilartikeln, die auf einer hochtourigen Spezialmaschine fabriziert wurden, festgestellt, daß eine um das Neunfache erhöhte Produktion mit den fast zehnfachen Anschaffungskosten bezahlt wurde. Den Einsparungen an direkten Fabrikationskosten standen erhöhte indirekte Fabrikationskosten gegenüber, die durch vermehrte Einrichtungen- und Instandhaltungskosten, durch höhere Betriebskosten, durch größere Abnutzung und Amortisation hervorgerufen wurden. Es zeigte sich, daß besagte Spezialmaschine nur für eine Reihe in Rohstoff und Faden-dichte normalisierte Standardartikel Gewinnchancen brachte. Voraussetzung aber blieb, daß keine längeren Stillstandszeiten das Produktionsergebnis verminderten. In allen Fällen, wo ausgesprochene Modelle-artikel einen steilen Wechsel in der Einstellung der Einzelmechanismen bedingten, konnten die üblichen Maschinen die Produktion um rundweg zehn Prozent billiger gestalten.

Die Erkenntnis, daß das Hochleistungsprinzip bei der Anwendung auf verschiedene Textilmaschinen in der Praxis versagt, obwohl in der Theorie die besten Erfolgsgläubigen herausgeredet werden, ist durchaus nicht neu. Diese negative Seite eines einseitig geformten Grundgesetzes, unter allen Umständen Mehrleistungen unter Außerachtlassung des hierdurch bedingten höheren Fixkostenanteiles zu erreichen, hat manche Textilfabrikanten davon abgehalten, ihre Betriebe mit solchen Maschinen neu auszustatten. Es handelte sich bei diesen Unternehmern durchaus nicht um die Schlechtesten, trotzdem ihnen vielfach Rückständigkeit nachgelagt wurde.

„Die neue gewerkschaftliche Heimat.“

Der Kollege Fritz Meyre macht in einem grundsätzlichen Aufsatz im „Deutschen“ über die gewerkschaftliche Neuorientierung beachtenswerte Ausführungen, denen wir folgenden Auszug entnehmen:

„In Zukunft wird es nur noch die Einheitsgewerkschaft geben. Ein neues und großes Werk soll in der Deutschen Arbeitsfront für die deutsche Arbeitererschaft geschaffen werden. Mit der Einheit, mit dem Eifer und der Ausdauer, mit der die christlich-nationale Arbeitererschaft ihrer Bewegung bisher dierte, muß sie das Neue mitgestalten helfen.“

Die Gewerkschaften sind nicht nur Machtmittel der Arbeitererschaft im sozialen Kampf gewesen. Die Mitglieder hatten in ihren Gewerkschaften ihre ständische Heimat gefunden. Wohl stand immer das gewerkschaftliche Wähen um bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen im Vordergrund, wurden Tarifverträge vereinbart oder erkämpft, die die materielle Grundlage der Arbeiterexistenz bedeuteten, wurden unzählige Vertreterinnen vor den Arbeitsgerichten, Versicherungs- und Versorgungsämtern durchgeführt. Aber weit darüber hinaus vermittelten die Gewerkschaften in ungezählten Versammlungen, Vorträgen- und Schulungsveranstaltungen der organisierten Arbeitererschaft ihr Wissen. Da war kein Interessengebiet ausgenommen. Neben rein sozial-rechtlichen Belehrungen, neben Vorträgen über Volks- und volkswirtschaftliche Zusammenhänge oder kulturpolitische Fragen standen rein fachliche Schulungsveranstaltungen. Die Gewerkschaftspresse informierte ihre Leser ebenfalls keineswegs nur über sozialpolitische Dinge. Weitlich wurde die Gewerkschaft in rein bürgerlich-rechtlichen Fragen von der Mitgliedschaft vertrauensvoll in Anspruch genommen. Es gab schließlich keine Frage des täglichen Arbeiterlebens, auf die nicht eine Antwort von der Gewerkschaft verlangt und erteilt wurde.

Singu kam bei der christlich-nationalen Arbeitererschaft die westanschauliche Verbundenheit.

So war die Gewerkschaft zur Heimat des Gewerkschaftlers geworden. Daraus allein auch ist es nur verständlich, daß gerade jetzt, da die alte Gewerkschaftsform verkommenen soll, zahlreiche Treuebeweise der Mitglieder zu ihrer Bewegung laut werden. Denn die Gewerkschaftler klammern sich an ihre alte Heimat, da sie das werdende Neue noch nicht kennen, da sie nicht wissen, ob sie darin eine neue Heimat finden werden, ob sie wieder eine Stätte finden werden, an die sie sich vertrauensvoll mit all ihren großen und kleinen Sorgen wenden können. Wenn so schon verständlich ist, daß sich der Arbeiter an die ihm liebgeordnete alte Form halten will, so muß ihm doch mit allem Nachdruck immer wieder gesagt werden, daß es dieses Alte in Zukunft nicht mehr gibt, daß nur noch das Neue leben wird!

Die neue Einheitsgewerkschaft muß diese neue Heimat werden. Deshalb muß erreicht werden, daß die neue Bewegung ebenso von innerem, bedingungslosem Vertrauen der Mitglieder getragen wird, wie die alte Richtungs-gewerkschaft davon getragen war. An diesem Ziel mitzuwirken ist eine hohe und verantwortungsvolle Pflicht aller nationalen Arbeiter, eine Pflicht, die baldigste Erfüllung fordert, denn in wenigen Wochen soll der Neubau stehen. Die Arbeitererschaft in diesen Neubau einzuführen, so daß sie ihre frische Lebenskraft gern und willig einsetzt, ist die der Führerschaft gestellte Aufgabe.

Zur Erfüllung dieser Aufgabe bedarf es erheblicher innerer Umstellungen. Vielen ist inzwischen klar geworden, daß man das Neue nicht mit den Maßstäben der früheren Zeit messen kann. Für viele wird auch ein Mitgehen in der neuen Zeit nur nach heftigstem innerem Kampf möglich sein. Und doch ist jedes Zögern falsch! Denn das Rückwärtschauen bedeutet Resignation und Verzicht auf Mitarbeit im neuen Staat. Die Arbeitererschaft muß sich bereithalten, nationalsozialistische Gedankengänge zu erfassen. Der Blick der deutschen Arbeitererschaft hat sich nach vorn zu richten! Die Arbeitererschaft ist verpflichtet, am Neubau des Staates mit innerem, ehrlichem Willen mitzuwirken.

Ein Zögern wäre auch insofern unverständlich, weil die Führung des neuen Deutschlands sich so wie noch keine Staatsführung vordem zum Arbeiter offen und frei bekannt hat. Die Arbeitererschaft muß glauben lernen an die Worte von Adolf Hitler, der auf dem Deutschen Arbeitertag seine hervorragende Rede mit den Worten schloß:

„Ich werde keinen größeren Stolz in meinem Leben besitzen als den, am Ende meiner Tage sagen zu können: Ich habe dem Deutschen Reich den deutschen Arbeiter erkämpft.“

Dem Volkshäupter zur Erreichung dieses Zieles die Kraft der deutschen Arbeitererschaft zu leihen, ist eine selbstverständliche nationale Aufgabe.“

Die Sozialversicherung im Jahre 1932

Das Reichsversicherungsamt hat soeben die vorläufigen Geschäfts- und Rechnungsergebnisse über die Unfall- und Invalidenversicherung für das Jahr 1932 veröffentlicht.

Nach dieser Veröffentlichung belaufen sich die gesamten Ausgaben in der Unfallversicherung für das Jahr 1932 auf 332,4 Mill. RM. gegen 420,2 Mill. RM. im Jahre 1931. Das von den Betriebsunternehmern aufzubringende Umlagefoll beträgt für das Jahr 1932 bei den gewerblichen Berufsgenossenschaften 198 388 700 RM. (1931 = 266 969 900 RM.), landwirtschaftliche Berufsgenossenschaften 68 294 000 RM. (1931 = 85 797 500 RM.).

Die Zahl der versicherten Personen ist nach den vorläufigen Angaben bei den gewerblichen Berufsgenossenschaften auf 8 218 400 festgestellt worden, gegen 9 622 300 im Vorjahre. Die Zahl der Vollarbeiter beläuft sich für das Jahr 1932 auf 7 139 000 gegen 8 394 300 im Jahre 1931. Für die landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften sind neue Feststellungen über die Zahl der Versicherten nicht getroffen worden; es kommen deshalb, wie bisher, 14 054 000 Versicherte in Betracht.

Die bei den gewerblichen Berufsgenossenschaften der Umlage zugrundegelegten Lohnne sind auf 12 105 433 300 RM. festgestellt worden gegen 16 739 423 000 RM. im Jahre 1931.

Die Gesamteinnahme in der Invalidenversicherung betrug im Jahre 1932: 725,5 Mill. RM. gegenüber 924,1 Mill. RM. im Vorjahre. Auf Beiträge entfielen hiervon 642,2 Millionen RM. (1931 = 819,2 Mill. RM.), auf Zinsen 63,8 Mill. RM. (83,1 Mill. RM.). Den Rest bilden sonstige Einnahmen, von denen der Hauptposten mit 8 Mill. RM. aus Zolleinnahmen des Reichs zur Verfügung gestellt wurde. An Strafgebühren gingen 0,3 Mill. RM., an Gewinnen 3,9 Millionen RM. ein, und der buchmäßige Wert der Rücklagen aus eigenen Gebäuden und Einrichtungen belief sich auf 7,1 Millionen RM.

Die gesamten Ausgaben sind von 1109,5 Mill. auf 909,5 Mill. Reichsmark gesunken. Dieses Sinken ist vor allem auf die Entlastungsmaßnahmen zurückzuführen, welche die Notverordnungen vom 8. 12. 31 und 14. 6. 32 brachten. Die Rentenleistungen, welche den Hauptteil der Ausgaben darstellen, sind infolge der Kürzungsvorschriften auf Grund der genannten Notverordnungen von 969,9 Mill. RM. auf 794,2 Millionen RM. gesunken. Die Aufwendungen für freiwillige Leistungen (Heilverfahren, Invalidenhilfsleistungen, Waisenhausleistungen) wurden gegenüber dem Vorjahre um 69 Mill. RM. auf 40,6 Mill. RM. gesenkt. Den Hauptteil jener Aufwendungen für die freiwilligen Leistungen bilden die zur Abwehr der drohenden Invalidität oder zur Wiederherstellung der Erwerbsfähigkeit der Versicherten eingeleiteten Heilverfahren mit einem Kostenaufwand von 38,2 Millionen RM. Auf je RM. 1000 der Beiträge jeinnahme wurden 1932: 63 RM. (1931 = 84 RM., 1930 = 101 RM.) für freiwillige Leistungen aufgewendet. Die eigentlichen Verwaltungskosten betragen 31 Mill. RM., d. h. 4,8 v. H. der Beiträgeeinnahmen. Rechnet man hierzu die Ver-

gütungen an die Reichspost (13,2 Millionen Reichsmark), die Kosten für die Erhebungen bei der Gewährung und Entziehung von Renten (4,5 Mill. RM.) und die Kosten für das Berufungs-, Revisions- und Beschwerdeverfahren (2 Mill. RM.) sowie für das Beitrags- und Ueberwachungsverfahren (6,3 Mill. RM.), so ergibt sich für sämtliche Aufwendungen für Verwaltungszwecke im allgemeinsten Sinne eine Summe von 57 Mill. RM. oder 8,9 v. H. der Beiträgeeinnahmen. Die Vermögensabnahme, welche sich nach Abzug der gesamten Einnahmen von den gesamten Ausgaben ergibt, belief sich im Jahre 1932 auf 184 Mill. RM. (1931 = 185,5 Mill. RM.). Um diesen Betrag verminderte sich das Reinvermögen auf 1267,2 Mill. RM. für Ende 1932.

NSBO. und Gewerkschaften

In weiten Kreisen der Textilarbeiter-Schaft besteht noch immer Unklarheit über das Verhältnis zwischen NSBO. und Gewerkschaften und über die gesonderten künftigen Aufgaben der beiden Gruppen.

„Der Arbeiter“, das von der NSBO. herausgegebene Organ für den Essener Industriebezirk, veröffentlicht in seiner Ausgabe Nr. 13 (dritte Juniarausgabe 1933) einen Aufsatz über „Die Gewerkschaften“, dem wir folgende Ausführungen über das beiderseitige künftige Aufgabenfeld der Deutschen Arbeitsfront und der NSBO. entnehmen:

„Mit der großen Aktion des 2. Mai hat der Nationalsozialismus den Gewerkschaftsgedanken in seiner Ursprünglichkeit und Reinheit wieder hergestellt. Von diesem Tage ab stehen die Gewerkschaften unter nationalsozialistischer Leitung und Kontrolle, und wer jetzt noch die Gewerkschaften diskreditiert, der bekämpft den Nationalsozialismus.“

Es soll nicht verkannt werden, daß in gewissen Köpfen mit der Schaffung der Deutschen Arbeitsfront und den Bestrebungen zur Stärkung des Gewerkschaftsgedankens wieder die Hoffnung keimte, auf diesem Wege irgend welchen geheimen Wünschen dienlich sein zu können, die der nationalsozialistischen Weltanschauung strikte zuwiderlaufen. Es ist uns auch bekannt, daß von seiten gewisser „Kor-Gewerkschaftler“ in der Propaganda Entgeislungen vorgekommen sind, die nicht geduldet werden können, und die ja auch von maßgebender Seite zurückgewiesen worden sind. Wenn z. B. der Gedanke propagiert worden ist, die NSBO. habe nun ihre Aufgabe erfüllt und sei überflüssig geworden, so beweist das nur, daß die betreffenden Persönlichkeiten, die mit derartigen Äußerungen nur Verwirrung schaffen, ihre Aufgabe nicht erkannt und den großen Gedanken der Deutschen Arbeitsfront nicht begriffen haben.

Die NSBO. ist und wird immer sein die Elitegruppe der Deutschen Arbeitsfront. Sie ist der

Die Sozialversicherung im 1. Quartal 1933.

Das Reinvermögen der Reichsanstalt und der Träger der Invalidenversicherung betrug am 31. März 1933: 3243,4 Millionen RM. Es ist ein Rückgang um 11,1 Millionen RM. gegenüber dem Vormonat Februar festzustellen, der verursacht wurde durch einen Rückgang bei der Invalidenversicherung um 19,2 Millionen RM. und durch eine Steigerung bei der Angestelltenversicherung um 8 Millionen RM. Der Fehlbetrag der Invalidenversicherung wurde, wie aus einem Vergleich zwischen Rein- und Rohvermögen hervorgeht, im Monat März nicht restlos aus dem Vermögen finanziert, sondern es mußten neue Schuldverpflichtungen aufgenommen werden. Die neuen Vermögensanlagen, die nur bei der Angestelltenversicherung zu verzeichnen sind, erfolgten vorwiegend in Wertpapieren, insbesondere in Reichsanleihen und kommunalen Obligationen. Daneben legte die Angestelltenversicherung auch neue Mittel in Hypotheken auf Wohnungsneubauten an. Die Invalidenversicherung hat dagegen Pfandbriefe verkauft, und erhielt auch Rückzahlungen von Hypotheken und öffentlichen Krediten.

Arbeitszeitverkürzung in Europa und U. S. A.

Die Genfer Konferenz um die 40-Stunden-Woche hat gezeigt, daß eine internationale Regelung dieser Frage wenigstens vorläufig nicht möglich ist. Trotzdem haben aber die Parlamente verschiedener Staaten bereits versucht, eine gesetzliche Durchführung der Arbeitszeitverkürzung zu erreichen. Am weitesten vorangegangen sind hierbei wohl die Vereinigten Staaten, wo der Senat den Gesetzentwurf für eine 30-Stunden-Woche angenommen hat, der dann an das Repräsentantenhaus weitergegeben wurde. Ein Bericht des Arbeitsausschusses dieses Hauses stellt fest, daß mehr als 11 Millionen Industriearbeiter in den U. S. A. arbeitslos sind. Bei Annahme des Gesetzes hätten 23 300 000 Arbeiter Beschäftigung gehabt. Da schätzungsweise 25 Millionen Industriearbeiter vorhanden sind, von denen etwa 16,7 Millionen irgendeine Arbeit haben, so würden nur noch 1,7 Millionen ohne Arbeit bleiben. Insgesamt würde für 8 Millionen Arbeiter neue Beschäftigung geschaffen werden. Verschiedene Gesetzentwürfe sind auch vor das englische und französische Parlament gekommen. Der britische Gesetzentwurf wurde vom House of Commons wieder zurückgewiesen. Nach den englischen Berechnungen würden durch eine Verkürzung der Arbeitszeit 2 Millionen Arbeitslose wieder in den Arbeitsprozeß aufgenommen werden können. Auch die französische Deputiertenkammer hat einen ihr vorgelegten Gesetzentwurf an einen Arbeitsausschuß überwiesen.

Jugend sucht Arbeit

Man rechnete in den vergangenen Jahren mit einer fühlbaren Entlastung des Arbeitsmarktes, weil das Angebot von jugendlichen Arbeitskräften infolge des starken Geburtenrückganges stark zurückgegangen war. In den kommenden Jahren wird es aber wieder erheblich wachsen. Diese jugendlichen Arbeitskräfte müssen untergebracht werden. Dazu bedarf es einer erhöhten Aufnahmefähigkeit der Wirtschaft für die neu hinzukommenden jugendlichen Arbeitskräfte. Ein Teil der Jugendlichen wird evtl. infolge des natürlichen Abganges von Erwerbstätigen durch Alter und Tod Aufnahme finden. Solange wir aber noch Millionen Erwerbslose haben, treten die verfügbaren geschulten Arbeitskräfte in starkem Wettbewerb mit den Jugendlichen.

Für den Arbeitsmarkt sind besonders die Altersklassen der 13- bis 15jährigen Jugendlichen wichtig, weil erfahrungsgemäß gerade in diesem Alter ein großer Teil zum ersten Male ins Erwerbsleben eintritt. Aus den Ergebnissen der letzten Volkszählung von 1925 geht hervor, daß die männliche Jugend bereits bis zur Vollendung des 15. Lebensjahres zu drei Fünfteln, die weibliche Jugend zu mehr als zwei Fünfteln erwerbstätig wird. Bevor die Jugendlichen 18 Jahre alt werden, stehen bereits 90 Prozent der Jugendlichen und 75 Prozent der weiblichen Personen im Erwerbsleben.

Vom Institut für Konjunkturforschung wird der voraussichtliche Zuwachs an Jugendlichen, die Arbeitsstellen brauchen, folgendermaßen geschätzt:

Jahr	männlich	weiblich	Zusammen
1933	400 700	278 700	679 400
1934	499 100	345 100	844 200
1935	521 000	359 100	880 100
1936	491 100	338 000	829 600
1937	466 300	321 300	787 600
1938	462 000	318 400	780 400
1939	465 400	319 900	785 300

Die Zahlen steigen also bis 1936 an und werden dann wieder langsam zurückgehen. Die Unterbringung der jugendlichen Arbeitskräfte ist von der Schaffung neuer Arbeitsplätze abhängig. Die neuen Maßnahmen der Reichsregierung zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, die unter anderem auch wesentliche Steuererleichterungen für Erwerbsinvestitionen vorsehen, sollen auch hier Abhilfe bringen.

† Sterbetafel †

P. Siffel, Bronau, 62 J. — Antonia Heilmann, Borghorst, 68 J. — Clemens Sanfers, Borghorst, 69 J. — Elise Müller, Giesensbüchel, 40 J. — Josef Offermann, Montschau, 72 J. — Gerhard Buß, Bocholt, 72 J. — Hubert Richter, Boisheim, 78 J.

Ruhet in Frieden!

Inhaltsverzeichnis.

Artikel: Das Fundament. — Der ständische Aufbau und die Deutsche Arbeitsfront. — Sammlung in der Deutschen Arbeitsfront! — Gegenwartsfragen der Textilindustrie. — Fortschrittsstrebungen der Textiltechnik. — Die neue gewerkschaftliche Heimat. — Die Sozialversicherung im Jahre 1932. — NSBO. und Gewerkschaften. — Arbeitszeitverkürzung in Europa und U. S. A. — Jugend sucht Arbeit. — Feuilletou: Die Jinsfrage. — Vom deutschen Wesen. — Jugendbewegung. — Neue Bescheinigungen für Fahrpreisermäßigungen. — Wandertage. — Aus den Ortsgruppen: Dülken. — Sterbetafel.

Schriftleitung: Otto Maier, D'ort, Florastr. 7.

Jugendbewegung

Die deutsche Reichsbahndirektion teilt folgendes mit:

Infolge der Reorganisation der deutschen Jugendverbände werden vom 1. Juli 1933 an die Bescheinigungen über die behördliche Anerkennung zur Erlangung der Fahrpreisermäßigung für gemeinsame Jugendpflegefahrten neu ausgestellt und die bisherigen Bescheinigungen auf hellblauen Karten als ungültig erklärt werden. Die neue Bescheinigung wird durch die Anerkennungsbehörden (Regierungspräsidenten usw.) auf hellgelben Karten für die Jahre 1933/34 ausgefertigt.

Sie bitten, hierdurch die Jugendpflegevereine zu verständigen, damit sie sich rechtzeitig um die neue Bescheinigung bemühen, andernfalls können sie die Fahrpreisermäßigung vom 1. Juli an nicht mehr in Anspruch nehmen. Bei dem Führerausweis, der neben der Bescheinigung über die behördliche Anerkennung vorzulegen ist, tritt eine Veränderung nicht ein.

Zur Beantragung der neuen Bescheinigungen zur Erlangung der Fahrpreisermäßigung ist eine schriftliche Befähigung über die Zugehörigkeit anderer Jugendgruppen zum Reichsbahnbund der deutschen Jugendverbände erforderlich. Diese Befähigung wird den Jugendführern und Führerinnen von der Bundesjugendleitung zugewandt. Nach Empfang sind sofort die erforderlichen Schritte zur Erlangung obenwähnter Bescheinigungen einzuleiten.

Wandertage.

Der Reichsbahnbund deutscher Jugendherbergen gibt ein neues recht persönliches und aufschlußreiches Heftlein über das Wandern heraus. Es enthält Anleitung über alle allgemeinen und technischen Fragen des Einzel- und Gruppenwanderns. In 2 Bänden. Der Preis ist 2,- RM. (inkl. Porto). Bestellungen sind an den Reichsbahnbund, Postfach 100, Berlin, zu richten. Über die Durchführung der Wandertage, über die Durchführung der Wand-

berungen, über Ernährung und Gesundheitsfragen sowie über Ausrüstung und Winterwandern. Der wertvolle Inhalt ist das Ergebnis langjähriger Erfahrungen tüchtiger Wanderrührer.

Diese Wandertage kosten nur 5 Pf. das Stück. Sie sind bei vielen Ortsgruppen des Jugendherbergsverbandes und in den Jugendherbergen zu haben. Beim Bezug von mindestens 20 Stück können sie auch beim Reichsbahnbund für deutsche Jugendherbergen in Hilfenach (Westf.) bestellt werden. Unseren Jugendführern und Führerinnen sei das Schriftchen angelegentlich empfohlen.

Aus den Ortsgruppen

Dülken. Unsere im Juni abgehaltene Vertrauensleute-Mitarbeiterversammlung fand einen besonders guten Besuch und reges Interesse aller Teilnehmer. Kollege Maier, Düsseldorf, berichtete zunächst über den ersten Kongreß der Deutschen Arbeitsfront in Berlin und legte die Stellungnahme der christlichen Gewerkschaften zur Neuregelung der Gewerkschaftsfrage dar. Aus den Ausführungen des Redners ging die bewußte Befähigung des gewerkschaftlichen Neubaus in der Deutschen Arbeitsfront hervor, die in verantwortungsbewußter Mitarbeit aller Mitglieder in der neuen Bewegung zum Ausdruck kommen müsse. Gerade die christliche Gewerkschaftsbewegung habe die Ehre der Arbeiterschaft auf die es beim sozialen und nationalen Aufbau Deutschlands in besonderer Maße ankomme. Es sei Pflicht aller Mitglieder, die Arbeit und Aufklärungsarbeit für die Deutsche Arbeitsfront nach besten Kräften zu unterstützen und sich für die reifliche Sammlung der gesamten Arbeiterschaft in der neuen Front einzusetzen.

Die anschließende Aussprache ergab die volle Zustimmung der Anwesenden mit den Ausführungen des Redners. Der Kollege Schlunke sprach die Bestimmung mit der Zustimmung fest, daß auch die hiesige Bewegung positiv und aufbauend zum neuen Staate steht.



Ein einfaches Exempel:
Lohnsicherung, Rechtsschutz und gewerkschaftliches Umarmungswesen allein wiegen den Verbandsbeitrag auf. Beiträge sparen heißt sich selber schädigen! Nur regelmäßige Beitragszahlung sichert Deine Rechte!